



KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Nummer 139

Wilhelmshaven

Februar 1997

FELDHAUSER SPRUDEL? DAS WAR WOHL NICHTS

AUS WILHELMSHAVENS WASSERHÄHNEN SPRUDELT EIN MIX VON BOMBEN UND GRANATEN, DOCH DIE ÄMTER UND VERWALTUNGEN WARTEN AUF DEN LETZTEN BEWEIS - SEITE 3 -



INHALT

Daß die WZ Kritik nicht gut verträgt, hat sie mit unzähligen 'Bestrafungsaktionen' gegen LeserbriefschreiberInnen bewiesen. Eine neue Variante des Liebesentzuges der örtlichen Monopolzeitung auf Seite 5

Drogenabhängige sterben auch in Wilhelmshaven (6 allein 1996). Einige Ärzte versuchen mit dem Suchtmittel Codein das Leben von Abhängigen wieder einigermaßen ins Lot zu kriegen - andere Ärzte versorgen diese mit Rohypnol. Um das 'So oder So?' geht es auf Seite 6

'Hallo Niedersachsen' im Pumpwerk - wie es der Moderatorin gelang, immer haarscharf an den Problemen vorbeizukommen, können Sie auf Seite 9 verfolgen.

Haschisch und Marihuana sind doppelt ins Gerede gekommen. Auf der einen Seite wird eine Freigabe dieser 'sanften' Rauschmittel immer wahrscheinlicher, auf der anderen Seite wettern alle möglichen Gruppen dagegen und fordern schärfere Gesetze. Auf Seite 10 berichten wir, welche Blüten diese Paranoia zum Sprießen bringt.

Durch die Einstellung des Hol- und Bringendienstes durch die städtische Müllabfuhr wird in der Stadtverwaltung eine Lawine losgetreten. Der Gegenwind sprach mit der ÖTV - Seite 12

Frauen sind die Hälfte des Himmels, sagt eine chinesische Weisheit. Wenn es aber ums Sparen geht, bleibt davon nicht viel übrig, wie wir auf Seite 13 beweisen.

Ein heikles Thema: Der Mord an Kim Kerkow brachte die Volksseele zum Kochen. Wie wenig Aufklärung und wie viel mittelalterliche Finsternis noch in den Köpfen der Menschen vorhanden

Nachrichten

‘ASPHALT...’

...auf Straßen und Plätzen’ heißt ein Magazin, das sich mit der Problematik der Obdachlosigkeit beschäftigt. Verkauft wird das Magazin von den Nicht-Seßhaften selbst. Die Hälfte des Verkaufspreises ist für den/ die VerkäuferIn bestimmt. “Damit kann ich mir auch wieder ein bißchen Kultur leisten”, so ein Verkäufer zum GEGENWIND, “elf Zeitungen zu verkaufen bedeutet einmal ins Kino zu gehen.” Viele Obdachlose haben durch den Zeitungsverkauf wieder eine Aufgabe und sind nicht aufs Betteln angewiesen. Die Akzeptanz der MitbürgerInnen ist gut. Im allgemeinen kauft man lieber eine Zeitung, als zwei Mark “ohne Gegenleistung in den Blechnapf eines Penners zu schmeißen.”

Das Magazin hat im Regionalteil auch eine Wilhelmshaven-Seite. Die Bemühungen, eine komplette Wilhelmshavener Obdachlosenzeitung zu machen, sind ja im letzten Jahr gescheitert (der Gegenwind berichtete darüber). Doch das Asphalt-Magazin muß sich auch in Wilhelmshaven noch etablieren. 1.000 verkaufte Exemplare pro Monat sind nötig, damit Wilhelmshavens Obdachlose in dem Magazin zu Wort kommen. Verkauft wird ‘Asphalt’ in der Fußgängerzone. (ft)

CHINA

Einen sofortigen Abbruch sämtlicher politischer Verbindungen des Oberbürgermeisters Eberhard Menzel und der Stadtverwaltung zu China fordert der stellvertretende Juso-Vorsitzende Wilhelmshavens, Thortsen Christoph. Solange in China Regimekritiker inhaftiert sind und gefoltert werden, sollte China politisch isoliert werden. Dies gilt nicht nur für die Bundesregierung, sondern auch für kommunale VertreterInnen. (ft)



Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Umwelt, Soziales.

Der GEGENWIND sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluß zu nehmen.

Der GEGENWIND wird durch Beiträge des GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert. Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

PERSONALMANGEL

scheint nicht nur den Beschäftigten der Stadt Wilhelmshaven zu schaffen zu machen. Im Grundbuchamt Jever bleiben dadurch Anträge monatlang unbearbeitet. Dies kann bei Bürgern zu massiven finanziellen Verlusten führen. So wartet ein älteres Ehepaar aus dem W’havener Stadtrand, das ihr Häuschen verkauft und sich an einem anderen Ort ein schöneres gekauft hat, seit Monaten auf die Eintragungen ins Grundbuch. Alles war geregelt: das alte Haus vom neuen Eigentümer pünktlich bezahlt, das neue Haus mit einem kurzfristigen Bankkredit ebenfalls bezahlt. Dadurch, daß das Grundbuchamt Jever den Vorgang wegen Personalmangels nicht bearbeiten kann, kommen die beiden nicht an ihr Geld, um den Bankkredit abzulösen. Es entstehen jeden Monat Zinsen von über 1000 DM. (hw)

ZU ALT

für einen Kauf auf Ratenzahlung ist man bei der Firma Fox (Fundgrube) in der Marktstraße schon mit 58 Jahren! Eine Wilhelmshavenerin, die ihren letzten Fernseher dort gekauft und in Monatsraten abbezahlt hat, wollte, da sie immer mit dem Gerät zufrieden war, in diesem Geschäft ein neues Fernsehgerät kaufen - wiederum auf Abzahlung. Das geht wegen ihres fortgeschrittenen Alters nicht, bekam sie zu hören. (noa)

„WEG MIT SCHIET!“

So denkt und handelt fast jeder Bauer in Lüchow-Dannenberg. Was ihm und anderen dazu eingefallen ist, das zeigt die Gruppe “La Strada” am 12. Februar um 20 Uhr mit einem Videofilm im Kling-Klang. Alle Atomkraftgegner aus Wilhelmshaven sind eingeladen, diesen Film zu sehen und sich inspirieren zu lassen, denn: Der nächste Castor kommt bestimmt. (jj)

DER GEGENWIND

rief den Staatsanwalt auf den Plan. Denn die Staatsanwaltschaft ermittelt auf Grund einer im Gegenwind 138 veröffentlichten Meldung jetzt gegen den DGB-Kreisvorsitzenden Manfred Klöpffer. Der Gegenwind meldete, daß die Stadt Wilhelmshaven rechtliche Schritte gegen den DGB einleiten werde, falls er weiterhin unangemeldet “Versammlungen unter freiem Himmel” durchführen werde. Dabei ging es um eine Verteilaktion von Informationsblättern vor dem Arbeitsamt und um eine Kundgebung zum Antikriegstag auf dem Krökel-Platz.

Dieser Artikel wurde von einer unbekannt Person (Unterschrift: Ano Nym) der Staatsanwaltschaft zugeschickt, die daraufhin wohl ihre Ermittlungen aufnahm. So wurde dann der DGB-Kreisvorsitzende von der politischen Polizei, in Person des wohlbekannten Herrn Haas, zur Vernehmung gebeten. Haas machte in dem Gespräch klar, wie weit das Grundgesetz in diesem Land bereits abgebaut wurde. So vertritt Haas die Meinung, daß jegliche öffentliche Äußerung oder Aktion angemeldet werden muß, egal ob es sich dabei um eine Flugblattverteilung oder eine Kranzniederlegung handelt. (hk)

„SEHR GEEHRTE/R FRAU/HERR...“

...mit dem heutigen Schreiben kommen wir auf Ihre Bewerbung als Gesundheitsberater/in zurück.

Sicher haben Sie in den vergangenen Monaten die politische Auseinandersetzung um die Gesundheitsförderung in der gesetzlichen Krankenversicherung verfolgt. Als Ergebnis dieser Diskussion bleibt für uns festzustellen, daß wir unsere Gesundheitsförderung nicht in dem Maße ausbauen können, wie dies ursprünglich geplant war. Wir bedauern dieses sehr. Unsere Unternehmensphilosophie ist nach wie vor Gesundheit zu erhalten und den Eintritt von Krankheit zu vermeiden. Leider sind uns jetzt harte finanzielle Beschränkungen auferlegt worden. So müssen wir in diesem Zusammenhang auch auf die beabsichtigte Einstellung eines Gesundheitsberaters verzichten. (...)

Mit diesem Schreiben erhielten die zahlreichen Frauen und Männer, die zum 15. Mai ihre Bewerbung bei der AOK Wilhelmshaven eingereicht hatten, nach zwei Zwischenbescheiden (je 1 DM Porto) schließlich Ende November ihre Bewerbungsunterlagen zurück (weitere 3 DM Porto pro Nase). Auch eine Auswirkung der Sparwut. (noa)

ENTLASSEN

wurden alle Beschäftigten des Wohnstiftes am Rathaus, die noch in der Probezeit waren. Der Grund: Immer noch stehen Wohnungen im Stift leer, und die Einnahmen decken die Ausgaben nicht. (noa)

Die
kulinarische Verführung
in Deichnähe
Jeden Tag von 10.00 - 02.00 Uhr

METROPOL
im Pumpwerk

Restaurant - FrühstücksCafé - Mittagstisch
Biergarten - Live Music & Kinderspielplatz
WHV, An der Deichbrücke Tel. 04421-43660

IMPRESSUM:

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Weserstr.33
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/ 44000

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgen-
sen, Hannes Klöpffer (verantw. Redakteur), Anette
Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Hilde Wes-
sendorf, Imke Zwoch;

Druck: Beta-Druck

Auflage: 5.400 Ex.

Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355 BLZ 282 90063

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 05.02.1997

Voraussichtl. Red.-Schluß der nächsten Ausgabe:

Mitte März

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

GEFAHR FÜR LEIB UND LEBEN

DIE VERSEUCHUNG DES GEBIETES UM DAS WASSERWERK HORSTEN WIRD VON ALLEN SEITEN HERUNTERGESPIELT

(hw) Die Stadtwerke Wilhelmshaven fördern in ihrem Wasserwerk Kleinhorsten jährlich etwa 2,2 Millionen Liter Trinkwasser, obwohl die Belastung dieses Wasser mit sprengstofftypischen Verbindungen als gesichert angesehen wird. Dieses Wasserwerk versorgt Teile von Horsten, Jever und Wilhelmshaven mit Trinkwasser.

Geht man in dem Gebiet rund um das Wasserwerk spazieren, so wird einem kundgetan, daß ein Betreten "Gefahr für Leib und Leben" bedeuten kann. Ein wohlgemeinter Hinweis, denn es handelt sich um ein explosives Gebiet. Betrachtet man sich die Geschichte dieses ehemaligen Militärflugplatzes, so ist erstaunlich, daß erst Anfang der 90er Jahre Recherchen zu möglichen Altlasten begannen. Noch erstaunlicher freilich, daß ausgerechnet auf diesem Gelände in den 60er Jahren ein Wasserwerk errichtet wurde.

Bereits 1914 wurde hier mit dem Aufbau eines Flugplatzes begonnen. 1940 arbeiteten bis zu 5800 Menschen auf dem Standort. Hier befanden sich u.a. drei betonierte Startbahnen, unterirdische Tankanlagen und Munitionslager. Nach Kriegsende geriet der Flugplatz Marx nahezu unbeschädigt in die Hände der Alliierten, die hier bis in die 50er Jahre hinein Munition durch Sprengungen vernichteten. Ein bereits verstorbener Dorfschullehrer schreibt in seiner Dorfchronik, daß mehr als zweieinhalb Jahre lang täglich, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen, tonnenweise Munition gesprengt und in verschiedene Wasserflächen verbracht wurde. Zeitzeugen berichten, daß noch lange Zeit danach Munition und Munitionsteile zu finden waren.

Die Warntafeln sind deshalb durchaus angebracht und verständlich; ob sie auch fürsorglich gemeint sind, muß allerdings angezweifelt werden. Im Boden lauern Stoffe, die dort nicht hingehören: Sprengstoffe, wie Trinitrotoluol, besser bekannt unter dem Namen TNT, Hexogen, Nitropenta, um nur einige zu nennen. Dazu kommen organische Schadstoffe wie Mineralölkohlenwasserstoffe, polychlorierte Biphenyle (PCB) u.a. (siehe Kasten auf der nächsten Seite) Diese Stoffe sickern nach und nach ins Grundwasser, aus dem unser Trinkwasser gewonnen wird. Laut "Gutachten zur Erfassung und Erkundung der Rüstungsalast im Bereich des ehemaligen Militärflugplatzes Marx" (IMS-Gutachten), das im August 1995 vom Niedersächsischen Umweltministerium in Auftrag gegeben wurde, soll sich der am intensivsten genutzte Bereich für Sprengungen auf dem Gelände des heutigen Rückspülbeckens der Wasserwerke Horsten befunden haben.

Bei Untersuchungen des Rein- und Rohwassers durch den TÜV, das Niedersächsische Landesamt für Ökologie und das Fraun-

hofer-Institut ergab sich ein uneinheitliches Bild. Mal konnten sprengstofftypische Verbindungen nachgewiesen werden und mal nicht. In der Folge wurde einer von 8 Brunnen im November 1995 stillgelegt.

Das IMS-Gutachten empfiehlt ein Bündel von Maßnahmen, um die Gefahren genauer abschätzen zu können, u.a. Wasseruntersuchungen in zweimonatlichem Abstand sowie die Einrichtung von Vormaßstellen.

Die Stadtwerke als Betreiber, Gemeinde- und Kreisverwaltung sahen in den zurückliegenden Jahren keine Veranlassung zum sofortigen Handeln. Erst durch den Druck

der ortsansässigen Grünen, besonders hervorzuheben der Einsatz des grünen Ratsmitglieds aus Friedeburg, Hans-Otto Rasche, kam Bewegung in die Angelegenheit. Das Gesundheitsamt schritt ein. Mittlerweile sind auch die Verantwortlichen tätig geworden und beeilen sich, die Bevölkerung zu beruhigen.

So erklärten der Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke Wilhelmshaven, Wilfrid Adam, und der Geschäftsführer Günter Reiche im Oktober 1995 noch, daß sie bei ihrer Forderung nach Munitionsräumung bleiben und die "ohnehin schon scharfe Überwachung" weiter verstärken werden; doch inzwischen ist man auch in Wilhelmshaven zur Tagesordnung übergegangen, da die Messungen der Wasserversorgung keine sprengstofftypischen Verbindungen oberhalb der Nachweisgrenze ergeben haben.

Eine direkte Gefährdung kann schwer nachgewiesen werden. Sollte von offizieller Seite hier eine Warnung ausgesprochen werden, wäre dies ein Schuldanerkennnis. Man beschränkt sich lieber auf Warnungen, die den Sinn haben sollen, Haftungen für Schäden auszuschließen. □



WIRKUNGEN DER VERSCHIEDENEN SCHADSTOFFE AUF DEN MENSCHEN

Die meisten der in der Umgebung des Horstener Wasserwerkes im Boden und Grundwasser befindlichen Schadstoffe haben, bei entsprechender Dosierung, schwere bis tödliche Auswirkungen auf den menschlichen Organismus.

So bewirkt z.B. *Trinitrotoluol* bei oraler Aufnahme Durchfall und Erbrechen. Wird es durch die Haut aufgenommen kommt es zu Kopfschmerzen, Schwindel, Dunkelfärbung des Blutes, Zyanose, Atemstörungen und in besonders schweren Fällen zu Schädigungen des zentralen Nervensystems mit Bewußtlosigkeit, Krämpfen, Delirium oder Herzbeschwerden. Als Langzeitwirkung treten Anämie, Leber- und Nierenschäden auf.

Hexogen führt zu Kopfschmerzen, Schwindel, Übelkeit, Erbrechen, Erstarrungszuständen und in schweren Vergiftungsfällen zur Schädigung des zentralen Nervensystems, was zu Bewußtlosigkeit, Amnesie, Krämpfen und Koma führen kann.

Eine Vergiftung mit *Nitropenta* löst Übelkeit, Erbrechen, Blutdruckabfall, evtl. Krämpfe, und Bewußtlosigkeit aus. Der Tod kann durch Kreislaufkollaps oder Erstickten eintreten.

Die Wirkungen der übrigen Schadstoffe unterscheiden sich nicht gravierend von denen der vorgenannten. Zwar liegen die bisher im Roh- und Reinwasser gemessenen Konzentrationen dieser Schadstoffe unterhalb der Grenzwerte und damit natürlich auch unter den bekannten Letaldosen; die Gewißheit, daß gesundheitliche Schäden ausgeschlossen sind, hat man damit aber noch lange nicht. Eine Einnahme dieser Stoffe, auch in geringsten Dosen, kann über längeren Zeitraum möglicherweise zu Gesundheitsschäden oder Spätfolgen wie Krebs führen. Da es jedoch schwierig bis unmöglich ist bei Langzeitfolgen im Nachhinein bestimmte Schadstoffe als Verursacher nachzuweisen gelten eventuelle Spätfolgen geringer Dosisaufnahmen als nicht bewiesen. Somit braucht man sich nicht um Schadenersatzforderungen in späteren Zeiten sorgen und spart Kosten für die Beseitigung der Altlasten. Die momentan nachgewiesenen Werte schließen eine direkt auftretende Gesundheitsschädigung nahezu aus.

Kommentar

Unglaublich! Mehr als 50 Jahre lang schlummern Altlasten in einem Gebiet, das zur Trinkwassergewinnung genutzt wird. In der Region wissen das alle und verdrängen. Es wird schon nichts passieren. Zu viele finanzielle Interessen stehen auf dem Spiel. Auf Stadt, Land und Bund kommen Kosten zu, die noch keiner abwägen kann. Auch wenn sich die festgestellten Gifte unterhalb der Grenzwerte befanden, so weiß doch jeder, daß Grenzwerte willkürlich gezogen werden.

Zu dem, was wir sowieso an Giftstoffen täglich in uns hineinschaufeln, kommt vielleicht noch ein bißchen mehr: etwas TNT, etwas Dinitrobenzol, was soll's. Augen zu und durch!

Zweimal pro Monat wird eine Wasserprobe untersucht, das erinnert an das Zufallsprinzip. Wir sind täglich auf das Wasser aus der Leitung angewiesen. Erst durch den Druck der GRÜNEN und dann durch Veranlassung des Gesundheitsamtes wurden überhaupt Proben genommen.

Die Grünen fordern eine befristete Schließung dieses Wasserwerkes, um jegliche mögliche Gefährdung der Bevölkerung auszuschließen und Zeit für einen risikolosen Beprobungszeitraum zu bekommen. Dem können wir uns nur anschließen.

Hilde Wessendorf



KUNST AM BAU

Christo hat's gepackt, sollte man meinen, wenn man derzeit die Baustelle Bahnhofszentrum bewundert. Das neue Wahrzeichen Wilhelmshavens, der sogenannte Menzel-Turm am Südost-Eck des Prachtbaus, wächst und gedeiht und wurde geschmackvoll in weiße und gelbe Folienquadrate verpackt. Das Gelb harmoniert sehr schön mit der Farbe der Baukräne und Betonmischer und nicht zuletzt mit dem Gelbstich der

JONATHAN
BIOMARKT

Produkte aus kontrolliert
biologischem Anbau!

Naturkost - Kosmetik
Frisches Obst + Gemüse
Backwaren
Fachhandel für
Getreidemöhlen

ABO-KISTE

Einmal pro Woche
geben wir Ihnen
alles-frei Haus,
natürlich biologisch!

Rufen Sie an, faxen
Sie uns eins oder
kommen Sie doch
einfach vorbei.

Grenzstrasse 16
26382 Wilhelmshaven
Fon/Fax 04421 - 13438

Klinkerfassade. Statt der Langeweile der roten Bockhorner Backsteine, die mancher Bürger nach Lektüre des Planungs-Vorgeplänkels im Sinne ortstypischer Bauweise erwartet hätte, strahlen nun leuchtende Fassadenplatten geballt den Charme der großen weiten Welt aus. Das sieht sehr schön aus, finden wir, weil Herr Dr. Sommer uns gesagt hat, daß es sehr schön aussieht. Und schön, daß uns immer wieder solche Überraschungen geboten werden. (iz)

Brief an die WZ

KENNER EDLER WEINE

Daß meine ehemalige Partei „Die Grünen“ in Wilhelmshaven so deutlich nach rechts driften würde, hätte ich noch vor kurzem nicht erwartet. Aber ihre „Politik“ ließ diesen Weg ohne weiteres zu. Selbst nur verwurzelt in ihren grünen Eigenheimgärten vermieden es die Grünen völlig, sich mit den Problemen der Menschen in dieser Stadt zu beschäftigen. Weder bei den Arbeitslosen noch bei der Antifa, weder in der Ausländerarbeit noch bei den Gewerkschaften, weder bei den engagierten Umweltschützern noch bei den Atomkraftgegnern, weder bei den Drogenkranken noch in den Schulen, weder im Sport noch im Theater, nirgends mischten sich die Grünen ein, von

nirgendwo kamen grüne Vorstellungen zu diesen Politikfeldern. Als Politikersatz verbrauchten sie ihre überschüssigen Kräfte in dem Versuch, den OB zu stürzen mit dem nur eventuellen Ergebnis, damit eine Personalentscheidung der SPD beeinflusst, nicht aber deren Politik verändert zu haben. Über grüne Ratsarbeit ist in den vergangenen fünf Jahren ebenfalls wenig bekannt geworden, eigene Publikationen gab es nicht, und eine Öffentlichkeitsarbeit war nicht erkennbar. Vertrauend auf eine grüne Grundströmung in der Bevölkerung versäumte es die Partei, zu politisieren, notwendige Auseinandersetzungen zu führen. Da es im konservativen Lager mehr Umweltschützer geben dürfte als bei den Sozialdemokraten, sind meine grünen Freunde von einst jetzt da gelandet, wo ihr Klientel schon immer war: bei den Eigenheimbesitzern und den Kennern edler Weine. Ciao!

Johann Janssen

IN UNGNADE GEFALLEN

DIE WZ PRAKTIZIERT LIEBESENTZUG GEGEN IHRE KRITIKER

(noa) Regelmäßige GEGENWIND-LeserInnen wissen, daß sie Beiträge, die die WZ nicht abdruckt, wenigstens bei uns unterbringen können. Obigen Leserbrief weigerte sich die WZ zu veröffentlichen. Wir kennen dieses Verhalten der einzigen örtlichen Tageszeitung zu Themen, bei denen sie ein Eigeninteresse zu wahren hat.

So wurden Leserbriefe zum Thema Lokalfunk nicht abgedruckt, in denen die WZ-Radio-GmbH „Dein Radio“ kritisiert oder als Verlegerinitiative entlarvt wurde, und so werden immer wieder Leserbriefe zurückgewiesen, in denen die Politik der WZ angegriffen wird. Daß die WZ eine Leserschrift gegen die Grünen unterdrückt, erklärt sich nicht von selbst. Dahinter steckt etwas anderes.

Johann Janssen, der Verfasser dieses Briefes, ist bei der WZ in Ungnade gefallen, und es steht zu befürchten, daß es weiteren Zuschriften aus seiner Feder ebenso ergehen wird wie dieser. Ist er doch der „Arzt aus dem Stadtnorden, der der linksextremen Szene zugerechnet wird“, der am 9. November zusammen mit einem „Wilhelmshavener, der bei der Kommunalwahl für die PDS kandidiert hatte“ (beide Zitate aus der WZ vom 11.11.) das Fundament des WZ-Gebäudes braun angestrichen hat, um zu demonstrieren, daß die WZ ein braunes Fundament hat. (Der GEGENWIND berichtete von dieser Aktion in seiner Ausgabe Nr.138 im Artikel „Getrenntes Gedenken“.)

„Als die Polizei uns unser Werkzeug und die restliche Farbe zurückbrachte, teilte der Beamte uns mit, daß der Verleger der WZ uns verklagen will, aber noch nicht weiß, welchen Straftatbestand er uns vorwerfen kann“, erklärt Johann Janssen dem GEGENWIND. Wahrscheinlich wird Herr Adrian graue Haare bei der Suche nach einem strafbaren Tun der beiden Antifaschisten bekommen, denn die haben sich, unterstützt von weiteren Leuten, vorher entsprechende Ge-

danken gemacht. Sachbeschädigung kann man ihnen nicht vorwerfen, denn die „Putzfrau“, die die braune Farbe gleich wieder entfernte, war als Mitglied der Gruppe dabei. Sollte der WZ-Verleger auf den Gedanken verfallen, eine Umweltverschmutzung darin zu sehen, daß jemand Farbe verstreicht und sofort wieder abwäscht, dann hat er damit auch Pech, denn es handelt sich um „Umweltfarbe“. Und persönlich beleidigt wurde er mit dieser Aktion auch nicht - es ging lediglich darum, aufzuzeigen, daß das **Fundament** dieser Zeitung braun ist, und, so Janssen, darum, dazu beizutragen, daß sie nie mehr ein braunes Blatt wird.

Die Frage, ob die Aktion vom 9.11. samt der Berichterstattung darüber (am 5.12. veröffentlichte die WZ die Meinung von Wilfrid Adam, der „das Beschmieren des Verlagshauses Brune“ kritisierte und als „rechtswidrig“ bezeichnete) ihm beruflich schaden kann, verneint Janssen. Er hat dem Vorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung schriftlich erklärt, was er und seine MitstreiterInnen mit ihrer Aktion demonstrieren wollten, und der sah darin kein standeswidriges Verhalten, und die paar Freunde und Patienten, die lediglich aus der WZ (also höchst unvollständig und tendenziös) informiert waren, fanden die Verzierung des Brune-Verlagsgebäudes nicht schlimm oder verwerflich, sondern lediglich kindisch. Damit kann Janssen leben, und damit, daß die WZ möglicherweise gar keine Leserbriefe von ihm mehr veröffentlichen wird, zur Not auch.□

 ☆ ☆ ☆ ☆ ☆ ☆ ☆ ☆
 ☆
 ☆ **SUSANNES OHRRING** ☆
 ☆
 ☆ Schmuck & mehr ☆
 ☆ Kapuzenjacken (Flanell): ☆
 ☆ 45.- DM ☆
 ☆ ☆ ☆
 ☆ **Klangkugeln (versilbert)** ☆
 ☆ ab 15.- DM ☆
 ☆ ☆ Durchgehend geöffnet ☆
 ☆ von 9.30 - 18.30 ☆
 ☆ Donnerstags bis 20.00 Uhr ☆
 ☆ ☆ Gökerstr. 39 ☆
 ☆ (Nähe Kortekreuzung) ☆
 ☆ ☎ 04421/31880 ☆
 ☆
 ☆*****

TRIANGEL
 second-hand-shop
 An- und Verkauf von
 Schallplatten und CD's
 HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
 u.v.m.
 Bahnhofstraße 7 + 26382 Wilhelmshaven
 Tel. (04421) 4 21 84

DIE SPEZIALISTEN FÜR:
TREKKING
CAMPING
KANUSPORT
MOTORRAD-
BEDARF

 Peter-/Ecke Gökerstraße
 WHV Tel: 04421/994287

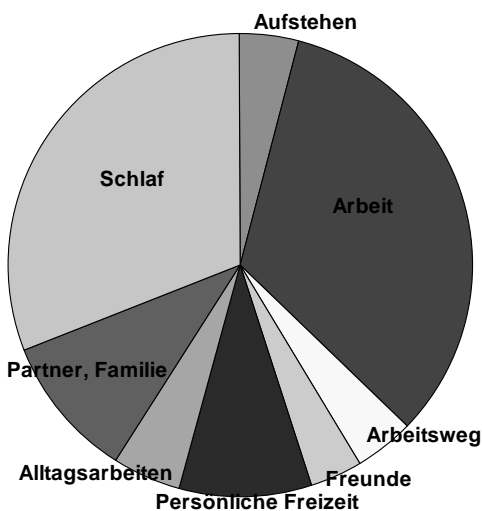
SO ODER SO??

DIE UNI OLDENBURG LEGT BEFRAGUNGSBERICHT ZUR SITUATION CODEINSUBSTITUIERTER VOR - ROHYPNOL GEFÄHRDET DIE ERFOLGE DIESER BEHANDLUNG

(noa) Etwa fünf Jahre ist es her, daß der GEGENWIND in mehreren Ausgaben über das Thema Drogen schrieb. Damals gab es einen Arzt in Wilhelmshaven, der Heroinsüchtigen Codeinsaft als Ersatzdroge verschrieb und sowohl von Kollegen als auch von den Kassen viel Schelte einstecken mußte. Das hat sich in der Zwischenzeit gründlich geändert.

Noch ist die Substitution von Junkies mittels Codein offiziell kein "Programm" (wie das "Methadon-Programm"), faktisch ist es längst eines. Die Deutsche Gesellschaft für Drogen- und Suchtmedizin hat Leitlinien zur Substitution von Hartdrogenabhängigen außer mit Methadon u.a. mit Dihydrocodein herausgegeben. Ziel ist es, "diese wichtige Behandlungsmethode möglichst vielen Heroinabhängigen möglichst schnell zugänglich" zu machen.

Tagesablauf eines Nichtabhängigen



Auch innerhalb der Kassenärztlichen Vereinigung Wilhelmshaven-Friesland gibt es inzwischen einen Qualitätszirkel "Substitution", und die Erfolge von dessen "Codein-Programms" sind neuerdings sogar wissenschaftlich erwiesen. Im vergangenen Jahr wurden die Ergebnisse einer Befragung von 56 PatientInnen aus fünf Wilhelmshavener Arztpraxen, durchgeführt von einer Arbeits-einheit Psychologie im Gesundheitswesen des Fachbereichs 5 der Universität Oldenburg, ausgewertet.

Es hat sich dabei herausgestellt, daß der Gesundheitszustand, der berufliche Status und die Wohnsituation der Betroffenen sich seit der Substitutionstherapie deutlich verbessert haben und daß die Behandlung zu einer Stabilisierung des sozialen Umfeldes (Freundschaften, Partnerschaften, Freizeitverhalten, soziale Eingebundenheit) beigetragen hat.

Nach einigen Jahren, in denen Wilhelmshaven je keine oder nur einen Drogentoten zu beklagen hatte, starben nun im Jahr 1996 sechs Personen hier durch ihren Drogenkonsum. Gegner der Substitutionsbehandlung,

die es immer noch gibt, führen das auf die Verschreibung von Ersatzdrogen durch Ärzte zurück. "Die Junkies gehen Freitagnachmittag nacheinander zu mehreren Ärzten und lassen sich Codein und Rohypnol verschreiben, und dann verticken sie das Zeug und besorgen sich vom Erlös Heroin", erfuhren wir von einem, der die Drogenszene gut kennt.

Codein und Rohypnol sind nun zwei Medikamente, die sehr unterschiedlich wirken.

Dihydrocodein beseitigt völlig die Entzugssymptome, die auftreten, wenn der Junkie sein Heroin nicht mehr bekommt. Es produziert jedoch keinen "Kick". Die Illusion von Stärke, Sicherheit und Geborgenheit, die das Heroin dem Süchtigen beschert hat, kann er mit DHC nicht erleben. Im Unterschied zum Heroin beseitigt DHC nicht die Unlust, die Angst, die Anspannung. Da es aber von den Entzugssymptomen befreit, macht es den Menschen frei für ein normales Leben.

Über die Wirkung von Rohypnol (Flunitrazepam) berichtet ein ehemaliger User: Der Wirkstoff Flunitrazepam verstärkt die Wirkung von Heroin, Codein und Methadon.

Tagesablauf eines Drogenabhängigen



Bei hohen Dosen können lebensgefährliche Vergiftungen mit Atemdepression auftreten. Rohypnol bewirkt einen euphorischen Dämmerzustand, wobei die Konsumenten jedoch glauben, wach und bei vollem Bewußtsein zu sein - eine gefährliche Fehleinschätzung. Undeutliche Artikulation, Sprachstörungen, Koordinationsstörungen, Gedächtnislücken, übertriebener Rede- und Handlungsdrang, Enthemmtheit, Apathie sind die unmittelbaren Wirkungen der Rohypnol-Einnahme.

Viele Konsumenten kombinieren



Rohypnol mit Alkohol. Dies ist eine gefährliche Mischung, da sich die Wirkungen beider Drogen gegenseitig verstärken. Der Konsument hat dann kaum noch Kontrolle über sich selbst; Unfälle und schwere Verletzungen z.B. durch Stürze sind oft die Folge - dies erklärt, warum in der "Szene" so viele Leute mit Platz- und Schürfwunden rumlaufen.

Bei längerem Konsum von Flunitrazepam erlischt das Interesse an der Umwelt immer mehr; die Konsumenten isolieren sich schließlich vollständig.

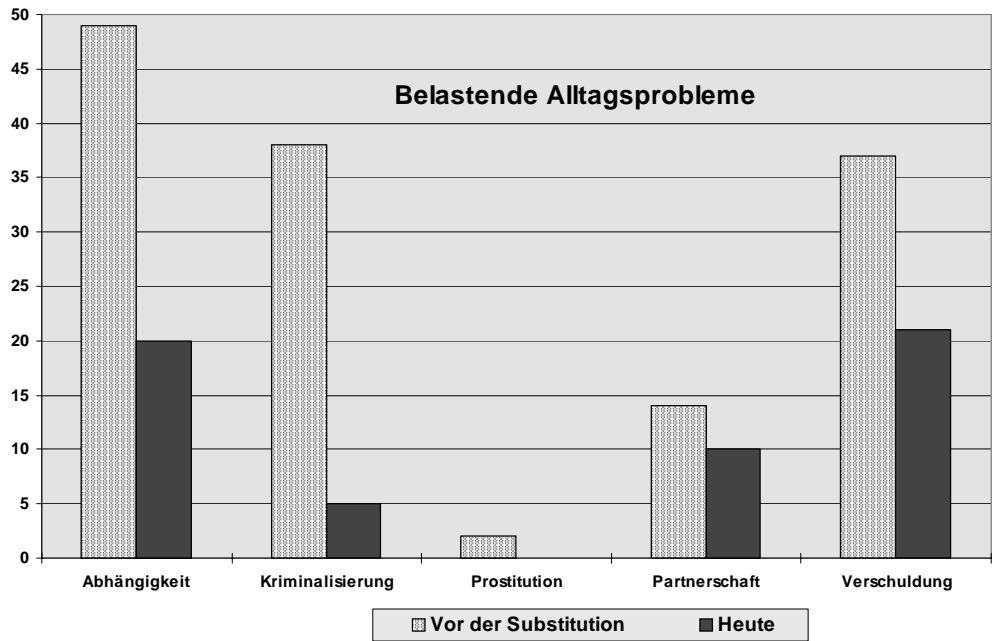
Die Zunahme der Drogentoten in Wilhelmshaven ist auffällig hoch. Zum Vergleich: Nach Angaben des Landeskriminalamtes starben 1994 landesweit 139 Drogenkranke, 1995 waren es 99, 1996 stieg die Zahl auf 120. Das ist nach einem deutlichen Rückgang um ca. 30% eine Zunahme um ca. 20% in Niedersachsen. Zwar ist es immer problematisch, Statistiken zu vergleichen, wenn man eine kleine Bezugsgröße zugrundelegt, doch die Versechsfachung der Drogentoten in Wilhelmshaven ist alarmierend.

Ein Grund ist mit ziemlicher Sicherheit der gesunkene Preis für Heroin. Solange an die Droge einigermaßen günstig ranzukommen ist, ist es für einen Junkie bequemer, weiter zu fixen als sich substituieren zu lassen. Das Ersatzmedikament müssen die Süchtigen selber bezahlen. "Von den Substituierten dieser Stichprobe bezahlten mehr als drei Viertel ihre Behandlung selbst. (...) Nur wenige Behandlungen wurden von der Krankenkasse getragen (7,5% der Männer, 23,1% der Frauen), andere Finanzierungsquellen wurden sehr selten genannt", stellt die Untersuchung der Uni Oldenburg fest. Sparen kann man mit einer Substitutionstherapie also, wenn man viel Codein braucht, zunächst nicht sehr viel. Und eine gewissenhaft durchgeführte Substitutionsbehandlung erlegt dem Patienten manche Unbequemlichkeit auf. Ein Wilhelmshavener Arzt schließt mit seinen drogenkranken Patienten z.B. einen Vertrag,

der diese verpflichtet, einer bezahlten oder unbezahlten Arbeit nachzugehen, und sie müssen sich jederzeit zu Urin-Kontrollen bereit erklären. Substitution ist mitnichten eine "Sucht auf Krankenschein", wie die Gegner dieser Therapieform gerne behaupten.

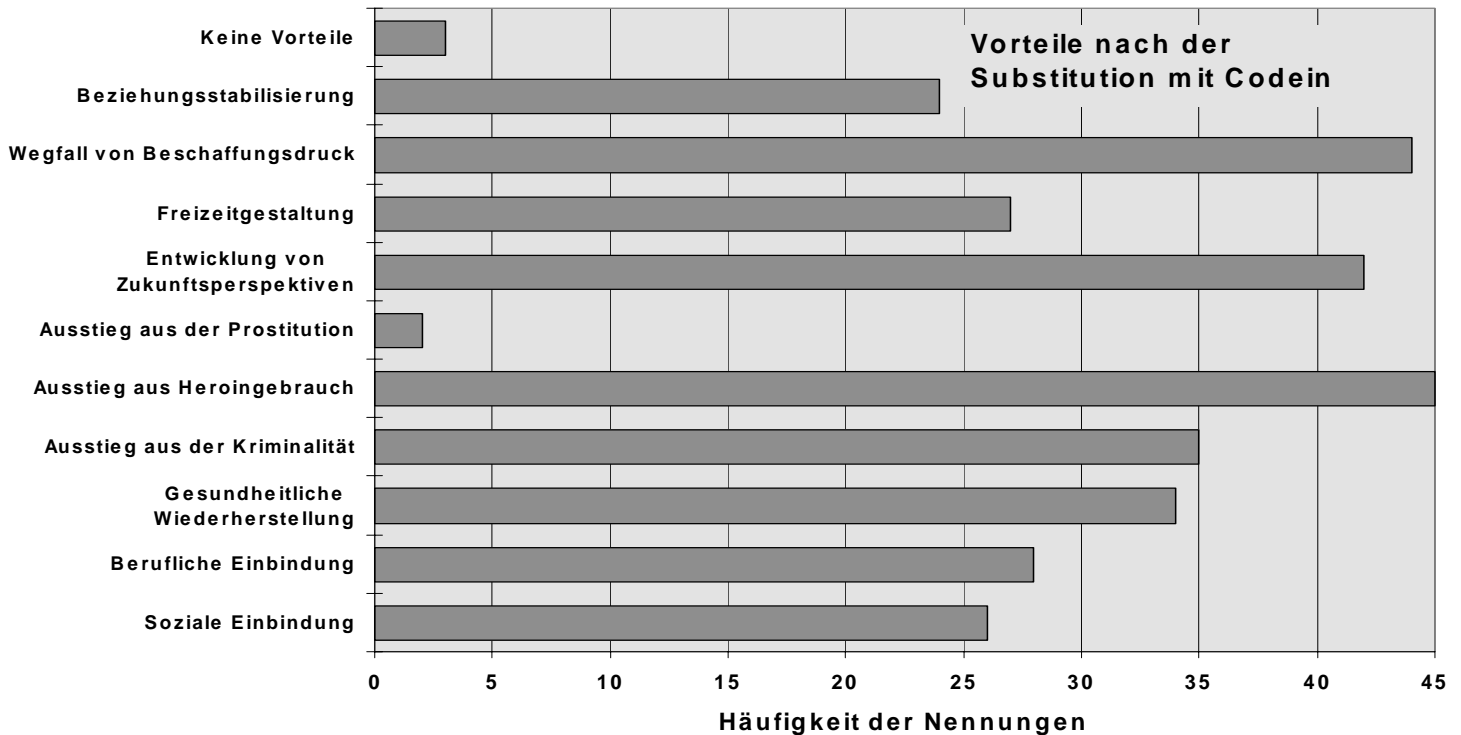
Angesichts der Beschreibung der Wirkungen von Rohypnol ist zu vermuten, daß ein weiterer Grund für die überproportionale Zunahme der Drogentoten die Überschwemmung des Marktes mit diesem Medikament ist. Wie aus einem Rundschreiben der Kassenärztlichen Vereinigung hervorgeht, stammen diese Mengen des Mittels "größtenteils aus dem Verordnungsvolumen niedergelassener Ärzte", und deshalb werden die Ärzte und Ärztinnen in Wilhelmshaven gebeten, bei der Verordnung dieses Medikaments darauf zu achten, daß ein Mißbrauch weitgehend ausgeschlossen wird. "Der Mißbrauch des Rohypnols macht die langwierige und schwierige Resozialisierung im Rahmen einer Substitutionstherapie zunichte", heißt es in dem Rundschreiben. Und etwas anderes als Mißbrauch kann gar nicht beabsichtigt sein, wenn jemand sich dieses Medikament regelmäßig in großen Packungen vom Allgemeinarzt verschreiben läßt, etwas anderes als Mißbrauch kann gar nicht vorliegen, wenn ein Gynäkologe das Mittel verordnet.

Unwissenheit kann bei den Ärzten nicht dahinterstecken, wenn sie Drogenabhängigen Flunitrazepam verschreiben. Schon 1992 hat die Pharma-Firma Hoffmann-La Roche auf Veranlassung des damaligen Bundesgesundheitsamtes die absolute Kontraindikation



"Drogenabhängigkeit" und "Patienten mit Abhängigkeitsanamnese" in die Fachinformation aufgenommen, und seit 1993 steht dies mit dem Hinweis "Es hat sich gezeigt, daß Rohypnol von Drogenabhängigen mißbraucht wird" auch bei vergleichbaren Medikamenten anderer Arzneimittelhersteller in der Fachinformation. Der Hinweis des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (früher BGA), daß die "Verantwortung (...) beim jeweilig verordnenden Mediziner" liegt, scheint auf einige Mitglieder dieser Zunft in Wilhelmshaven wenig Eindruck zu machen. □

Die Daten zu den beiden Diagrammen auf dieser Seite entnehmen wir dem Ende 1996 veröffentlichten Bericht "Zur Situation von Codeinsubstituierten in Wilhelmshaven"; erstellt vom Fachbereich 5 der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg.



winkler TV • Video • HiFi
 ist unsere Sache
Beratung Verkauf Reparatur
 Störtebekerstraße 3 - Edo-Wiemken-Straße 8
 ☎ 93 29-0 Fax 93 29-19 📠 rund ums Haus

GALERIE M

Ausstellung

"Aufbruch - Ausbruch - Transformation"

Im Gebäude der ehemaligen Garnisons-Waschanstalt in der Weserstraße befindet sich die Galerie M. 1995 wollte das Künstlerduo Kruda/Wölbern den Dingen auf den Grund gehen. Eine kleine Grabung im Waschraum (jetzt Ausstellungsraum) förderte statt Sand oder Muscheln unterschiedliche Mauerwerksabschnitte zutage. Um diesen Einblick in die Industriekultur des Jahres 1878 zu erhalten, befürworteten Archäologen die Abdeckung mit einer begehbaren Glasplatte. Durch die nachfolgende Auseinandersetzung verschiedener Künstler mit den Begriffen Zeit und Raum wurde die Idee für eine Ausstellung geboren.

Durch die Förderung des Landes Niedersachsen und anderer Sponsoren konnte ein umfangreicher Katalog entstehen. Aus dem Vorwort: "Eine Kunst", so Wilhelm II. in der Rede zur Einweihung der Siegesallee 1901, "die sich über die von mir bezeichneten Gesetze und Schranken hinwegsetzt, ist keine Kunst mehr, sie ist Fabrikarbeit, ist Gewerbe, und darf nie Kunst werden. Die Kunst, die hiergegen verstößt, verfällt dem Vorwurf der Rinnsteinkunst." Soweit zur offiziellen Kunstbetrachtung des ausgehenden 19. Jahrhunderts im Kaiserreich, worin die Kunst auf die Werte "Nationalität, Idealismus und Schönheit" verpflichtet wurde. Avantgardisten fühlten sich provoziert, diese Schranken zu durchbrechen. Mit dem Jahrhundertwechsel verband man die Hoffnung auf einen Aufbruch in eine neue Zeit.. Ein künstlerischer Ausdruck dieser Bestrebungen war der Jugendstil als Vorstufe zur Moderne.

Jetzt, zum nächsten Jahrhundertwechsel, setzen sich wiederum Künstler mit "Aufbruch" und "Ausbruch" auseinander. Archäologie und Architektur bilden ein zeitliches Band innerhalb der Entstehungsgeschichte des Ortes und der Nutzungsgeschichte des Hauses. Ob Kunst und Architektur unserer Zeit über die gleiche visionäre Kraft verfügen wie zu Beginn dieses Jahrhunderts? Ein Besuch der Ausstellung mit Begleitprogramm könnte aufschlußreich sein. (iz)

Die Ausstellung in der Galerie M ist bis zum 1. März 1997 zu besichtigen (Mi 16-20 Uhr, Fr 17-19 Uhr, Sa + So 15-17 Uhr). Lesung von Johann P. Tammen "Wetterpapiere" am 19.2 um 20 Uhr; Finissage mit Konzert am 1. 3. von 17-20 Uhr.

DIE LANDESBÜHNE NIEDERSACHSEN JUNGES THEATER



FEBRUAR 1997

Premieren:

Fleisch - Saturday Bite Fever von M. Schubring, W. Adenberg, H. Hauer. SA., 15.2., 20.00 Uhr. Weitere Termine: 18.2., 20.00 Uhr. Stadttheater

Rose und Regen, Schwert und Wunde - ein Sommernachtstraum - von William Shakespeare. SO., 16.2. 15.00 Uhr. Junges Theater, Rheinstr. 91.

Stadttheater:

Ein Schlüssel für twee von J. Chapman, D. Freeman. SA, 1.2., 20.00 Uhr.

Merlin von Tankred Dorst. MI., 5.2., 20.00 Uhr.

La Cage aux folles Gastspiel des Oldenburgischen Staatstheaters. DO., 6.2., 19.30 Uhr.

Rottweiler von Thomas Jonigk. SA., 8.2., 20.00 Uhr.

The Black Rider Gastspiel des Oldenburgischen Staatstheaters. MO., 17.2., 19.30 Uhr.

Der Barbier von Sevilla Gastspiel des Oldenburgischen Staatstheaters. SO., 23.2., 15.30 Uhr.

Othello Gastspiel des Oldenburgischen Staatstheaters. FR., 28.2., 19.30 Uhr.

Junges Theater

Rheinstraße 91

Ruckepack über die Berge... F. Fuhrmann + S. Ledermann. SO., 2.2., 15.00 Uhr.

Der Tod und das Mädchen von Ariel Dorfman. SA., 8.2., 20.00 Uhr.

Die Präsidentinnen von Werner Schwaab. SA., 22.2., 20.00 Uhr.

Vorsicht Schnappsack von Wolfgang Mennel. SO., 23.2., 15.00 Uhr.

Andere Veranstaltungsorte

Lesung "Alice im Wunderland" von Lewis Carroll. SO., 2.2., 11.00 Uhr. Theaterrestaurant "Mephisto"

VI. Konzert Philharmonisches Orchester Arnheim. DO., 20.2., 20.00 Uhr, Stadthalle

Theaterkasse: werktags 11-13 Uhr, an Aufführungstagen außer SO 18-19 Uhr, Tel. 900115. Junges Theater, Rheinstr. 91, Kasse 1/2 Stunde vor Vorstellungsbeginn.

Perspektive

Unabhängiges Kulturzentrum

Februar 1997

Sa., 01.02. Ausstellung Maik Schier
19.00 Uhr loh
20.30 Uhr Konzert - Romeo Franz Ensemble

So., 02.02. Kinder-Nachmittag
16.00 Uhr Film: "Die Lok"
19.00 Uhr Ausstellung: M. Schierloh

Mo., 03.02. Ausstellung: M. Schierloh
10-13 Uhr

Di., 04.02. Ausstellung: M. Schierloh
10-13 Uhr
20.00 Uhr KoKi Filmclub

Mi., 05.02. Ausstellung: M. Schierloh
10-13 Uhr
19.00 Uhr
20.30 Uhr Abschlußgespräch - Ausstellung M. Schierloh

Sa., 08.02. Pink Party
22.00 Uhr

Di., 11.02. Literatur-Werkstatt
20.00 Uhr

Do., 13.02. Stadtgespräch Thema:
20.00 Uhr Es wird Zeit für einen Regionalsender "Radio Jade (87.8)" und Stand der Dinge!

Fr., 14.02. Ausstellungseröffnung:
17.00 Uhr Politische Werkstatt

Sa., 15.02. Ausst. Politische Werkstatt
19.00 Uhr

So., 16.02. Kinder-Nachmittag Film:
16.00 Uhr "Die kleine Hexe"
19.00 Uhr Ausst. Pol. Werkstatt

Mo., 17.02. Ausst. Pol. Werkstatt
10-13 Uhr

Di., 18.02. Ausst. Pol. Werkstatt
10-13 Uhr

Mi., 19.02. Ausst. Pol. Werkstatt
10-13 Uhr

Do., 20.02. Ausst. Pol. Werkstatt
19.00 Uhr

Ständige Termine

POLITISCHES WERKSTATT-CAFÉ: jd. 1. + 3. SA im Monat, 16-19 Uhr; TAUSCHRING: jd. 1. MI im Monat, 20 Uhr; Arbeitsgruppe SPECKSTEIN: jd. DI 9.30 Uhr; MALKREIS: jd. DO 9.30 Uhr; SENIOREN-FOTOKREIS: jd. 1. DI im Monat 10 Uhr; FOTO-STAMMTISCH (f. Amateure): jd. 1. DO im Monat, 19.30 Uhr; ACOUSTIC-MEETING (MusikerInnentreffen): jd. 3. FR im Monat, 20 Uhr; PLANUNGSTEAMSITZUNG (öf-fentlich) jd. MI 19.30 Uhr

PERSPEKTIVE, Wilhelmshaven, Schellingstr. 21 (Ecke Freiligrathstr.), Tel. 301397.

GANZ SCHÖN SCHLAPP

IMMER KNAPP AN DEN PROBLEMEN VORBEI - DER NDR BERICHTETE AUS WILHELMSHAVEN

(noa) Wilhelmshaven live im Fernsehen! Leider "zusammenhanglos und oberflächlich", wie 'zy' von der WZ richtig feststellte - doch denen, die am 11.12. im Pumpwerk waren, als 'Hallo Niedersachsen' vor Ort war, war es wichtig, und die haben den Zusammenhang verstanden.

Das Thema an diesem Abend: Die drohende Zunahme der Arbeitslosigkeit in Wilhelmshaven, die ohnehin schon am höchsten in ganz Niedersachsen ist. (Und das schon vor den Sitzungen der Verwaltungsspitze im Katastrophenschutzamt!)

Daß die Unruhe unter den Müllwerkern entstanden war, weil sie von der Abschaffung des Hol- und Bringendienstes in einigen Stadtbezirken gehört hatten, kam in der Fernsehsendung nicht zur Sprache, so daß den Zuschauern von Hallo Niedersachsen wahrscheinlich nicht klar wurde, warum die Kollegen befürchten, daß "ihre Arbeitsplätze draufgehen".

Zugunsten einer Kontroverse zwischen OB Menzel und Ratsherr Kläne wurde auch die Zeit für die Darstellung der Probleme des CVJM (die während der "Generalprobe" noch einigermaßen deutlich wurden), gekappt, wodurch die Lehrgänge in Gefahr sind, kam nicht rüber, und die Förderschülerin, die darauf vorbereitet war, darzulegen, daß es "Scheiße" wäre, wenn der CVJM seine Einrichtung schließen müßte, kam nicht zu Wort.

Förderlehrgänge gefährdet

Sie durfte es dafür ein paar Tage später vor N3-Kameras sagen, als "Hallo fragt nach" beim CVJM zu Gast war. Der am 2. Januar ausgestrahlte Film über die Förderlehrgänge war überhaupt erheblich aufschlußreicher.

Bislang hatten Jugendliche, die nach Erfüllung ihrer Schulpflicht nicht in der Lage waren, eine Berufsausbildung oder eine Arbeit aufzunehmen, einen Rechtsanspruch auf besondere Hilfen nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Dieser Rechtsanspruch wurde jetzt wegreformiert, aus einer Muß-Bestimmung wurde eine Kann-Bestimmung. Gleich-

zeitig wurde mit der Reform des AFG diese Förderung aus den Händen der Landesarbeitsämter genommen und den einzelnen örtlichen Arbeitsämtern als Aufgabe zugewiesen, mit der Maßgabe, dafür eine halbe Milliarde DM weniger auszugeben als bisher. Das Landesarbeitsamt Niedersachsen/Bremen kündigte daraufhin den Vertrag mit dem CVJM, der erst 1996 (mit einer Laufzeit von drei Jahren) geschlossen wurde, obwohl noch nicht einmal feststand, ob das Arbeitsförderungsreformgesetz überhaupt in Kraft tritt.

Für die Träger von berufsfördernden und berufsvorbereitenden Maßnahmen stellt sich damit eine völlig neue Situation: Bekamen sie bis 1996 ihre KlientInnen aus Hannover zugewiesen, müssen sie jetzt bei den einzelnen Arbeitsämtern hausieren gehen. Mit jedem Arbeitsamt müssen einzelne Verträge geschlossen werden - ein an sich unnötiger Zuwachs an Verwaltungsarbeit sowohl für die Träger als auch für die Arbeitsämter - und welchen Preis sie dafür erzielen, ob sie weniger Jugendliche als bisher oder dieselbe Anzahl für weniger Geld betreuen müssen, ob und wieviel Personal sie entlassen müssen - all das ist im Augenblick völlig unklar.

Vorgezogener Wahlkampf

Bezogen auf den CVJM in Wilhelmshaven ist es deshalb auch unklar, auf welcher Grundlage die SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Iwersen in der WZ vom 6.11.96 die von CVJM-Beschäftigten geäußerte "Befürchtung bestätigt", ihre Arbeitsplätze zu verlieren, und diese Angst als "nicht nur berechtigt, sondern sogar schon bittere Realität" bezeichnet. Ebenso unklar ist, warum die CDU-Landtagsabgeordnete Inse-Marie

Ortgies in Sachen CVJM mit dem Bundesministerium für Arbeit Rücksprache gehalten und wie sie dort erfahren hat, daß der Bestand der Lehrgänge auch über den augenblicklich laufenden Lehrgang hinaus gesichert sei (Hallo Niedersachsen, 2.1.). Die Schließung droht ja nicht als Maßnahme des Ministeriums, sondern, wenn überhaupt, als Folge von Einsparungen, die das Ministerium will. Befinden sich die beiden Politikerinnen schon im Wahlkampf? Damit ist den Jugendlichen und dem Personal beim CVJM nicht gedient. □



Berufliche Förderung beim CVJM

Seit annähernd dreißig Jahren führt der CVJM Wilhelmshaven neben seiner Vereinsarbeit Berufsförderungslehrgänge für lernbehinderte Jugendliche durch. In den ersten Jahren waren es schulentlassene, aber noch nicht berufsreife Mädchen und Jungen aus Wilhelmshaven, die von ihren Elternhäusern aus den Unterricht, der damals noch in den Berufsschulen stattfand, aufsuchten. Mittlerweile laufen die Lehrgänge schon seit etwa 20 Jahren in eigenen Werkstätten und Unterrichtsräumen in der Marktstraße gegenüber dem Westbahnhof, und die Jugendlichen kommen aus dem ganzen Landesarbeitsamtsbezirk Niedersachsen/Bremen.

Fachpraktische Unterweisung in Hauswirtschaft/Kochen und textilem Gestalten, Bautechnik, Holzbearbeitung, Farb- und Raumgestaltung und Metallbearbeitung, theoretischer Unterricht und ein Berufsschultag strukturieren die Zeit der jungen Leute - jährlich etwa 80 an der Zahl - unter der Woche von 8 bis 17 Uhr. Ihre Freizeit verbringen sie im Wohnheim, z.T. mit von ErzieherInnen angebotenen Aktivitäten, z.T. in eigener Regie wie in der eigenen Disco und der selbst organisierten Cafeteria, oder sie gehen in die Stadt.

Ein besonderes Angebot ist die Möglichkeit, den Hauptschulabschluß zu erwerben. Mußten die geeigneten Jugendlichen bis vor einigen Jahren zusätzlich zu ihrem langen Unterrichtstag an einigen Abenden der Woche noch aus dem Haus, um einen Vorbereitungskursus der Volkshochschule zu besuchen, wird der Unterricht seit einigen Jahren innerhalb des Arbeitstages von eigenen Lehrkräften erteilt. Das wirkt sich auf die Zahl derer, die bis zum Ende durchhalten und sich der Prüfung unterziehen, positiv aus. Zwischen 30 und 40 Hauptschulabschlüsse kann der CVJM seither jährlich vorweisen, was den Lehrgang für die Jugendlichen im ganzen Landesarbeitsamtsbezirk sehr attraktiv macht.

AHA!

Ich habe mich bei Live-Sendungen schon oft gefragt, wie es kommt, daß alle Leute, die sich äußern, doch einigermaßen flüssig und zusammenhängend sprechen. Annähernd die Hälfte aller Leute, die ich anspreche, staksen entweder rum und sagen gar nichts Verständliches, oder aber sie reden ganz viel und sagen damit auch nichts. Ich war am 11. Dezember im Pumpwerk dabei und kenne jetzt des Rätsels Lösung.

Vor Beginn der Übertragung plaudert die Moderatorin - in diesem Fall die wegen ihrer Unsitte, Leuten das Wort abzuschneiden, bekannte und gefürchtete Hanna Legatis - nett vor dem Publikum und erklärt, wie es gleich ablaufen wird. Nach dem Aufsager (live) wird wieder ins Studio geschaltet, und dann läuft die Generalprobe. Alle tun

so, als wäre man schon auf Sendung, und die Moderatorin interviewt verschiedene Leute. Komisch, bei dieser Gelegenheit unterbricht Frau Legatis ihre GesprächspartnerInnen gar nicht, man kann sich so richtig verbreiten!

Und auf einmal wird es ernst. Alle, die bei der Generalprobe dranwaren, räuspern sich noch einmal, damit sie gleich, wenn die Nation sie hört, eine klare Stimme haben, und sie fahren sich noch einmal durchs Haar oder rücken ihre Krawatte zurecht - und kommen u.U. nicht mehr zu Wort. Die Moderatorin hat sich nämlich gemerkt, wer fernsehgeeignet ist und wer nicht, und sie nimmt nur noch die dran, die ohne Ähm und Öh und Hm etwas Knackiges zum Thema beizutragen haben. (noa)

VIEL LÄRM UM NICHTS

WIE HARMLOSE PFLANZEN DER JUSTIZ ZUM OPFER FALLEN

(iz) "Schon der zehnte Drogentote - Joint steckte noch im Arm!" Die finsternen Zeiten, als weiche Drogen wie Haschisch und Marihuana unwissende Eltern in Panik versetzten, sind überwunden. Tatsächlich? Fortschrittliche Politiker legalisieren den Besitz für Eigenbedarf, Hanfmagazine sind an jeder Tankstelle erhältlich und Faserhanf darf per EU-Beschluß seit 1996 in großem Umfang angebaut werden. Doch gleichzeitig will eine merkwürdige Lobby die zarten Pflanzen tiefer in den Untergrund verbannen, als sie je gewurzelt haben. Jens Habermann, Betreiber des hiesigen Hanf-Hauses, weiß ein Lied davon zu singen. Sein Versuch, die Auslage mit rauschmittelfreiem Faserhanf zu dekorieren, scheiterte.

Habermann hatte nicht als erster Geschäftsmann der Jadestadt die Idee für eine drogenfreie Hanfdekoration. Monate vorher wollte der Wilhelmshavener Naturkostladen "Jonathan" die buschigen Pflanzen zur Zierde seines Geschäfts erheben. THC-freie Hanfsamen gibt es pfundweise im Biohandel zu kaufen. Der nussige Geschmack ist ein Gewinn für Gebäck, Müsli und Salat. Der kulinarische Effekt ist ebenso rauschfrei wie die Pflänzchen, die aus diesen Samen wachsen. So streute man bei Jonathans einige Samen in einen Blumenkübel statt aufs Brot, und von April bis August führten die heranwachsenden Stauden unbehelligt ein glückliches Dasein in der Fußgängerzone. Bis das Auge des Gesetzes ihrer ansichtig wurde! Die Pflanzen wurden verhaftet und sicherheitshalber exekutiert und ihr Eigentümer vorgeladen. Die Analyse ergab einen THC-Gehalt weit unter dem gesetzlichen Grenzwert. Das Verfahren wurde seitens der Staatsanwaltschaft eingestellt. Das machte die gehäckselten Pflanzen auch nicht mehr lebendig. Seitdem beschränkt sich die Begrünung der Fußgängerzone wieder auf weihnachtlich getötete Fichten.

Als Habermann im August sein Hanf-Haus in der Gökerstraße eröffnete, flatterte ihm ein Angebot des bayerischen Hanfbauern Alfredo C. Dupetit auf den Tisch. Dupetit baut in großem Maßstab Faserhanf an und bietet seinige buschigen Zöglinge auch in kleinen Mengen für Dekorationszwecke feil.

Gerade wollte Habermann die Bestellung in das Fax schieben, als er sich an bestimmte Vorkommnisse erinnerte. Der Oldenburger Headshop "Fibra Verde" mußte aus gleichem Anlaß wie "Jonathan" eine Razzia über sich ergehen lassen. Das wollte Habermann seinem frisch renovierten Laden ersparen. Ganz einfach, dachte er: Dupetits Pflanzen unterliegen nicht den Verboten des Betäubungsmittelgesetzes, ihr geringer THC-Gehalt ist bereits nachgewiesen und auf einem Steckschildchen im Blumentopf vermerkt. Wenn man das vorher mit den Behörden abklärt, kann also nichts schiefgehen.

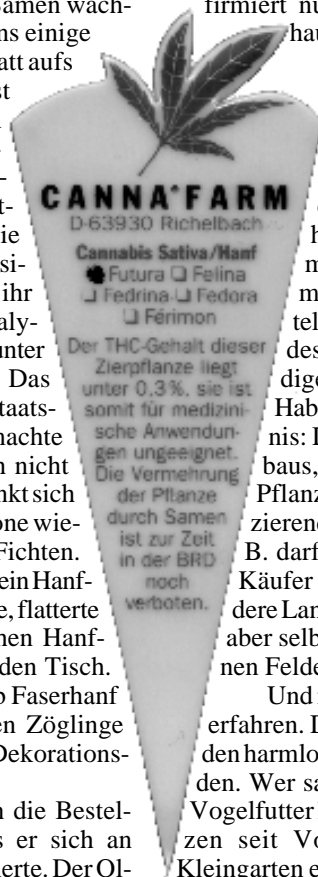
Zunächst mußte der Handel mit Jacken und Hosen, Taschen und Schuhen, Papier und Kosmetik aus Hanffasern und -ölen erst mal ins Laufen kommen - denn das und nichts

anderes verkauft Habermann. Seine älteste Kundin ist 85 Jahre und stellt begeistert fest, daß es nun wieder das zu kaufen gibt, was sie aus ihrer Jugendzeit noch kennt. (Hanf wurde vor dem zweiten Weltkrieg zusammen mit Alkohol der Prohibition unterworfen; letzterer hatte offensichtlich eine bessere Lobby, die ihn bis heute zur Volksdroge Nr. 1 gemacht hat). Zwischenzeitlich trennte sich Habermann von seinem Großhändler und firmiert nun unter dem Namen "Grashaus".

Erst Anfang Januar führte Habermanns Weg in die Amtsstuben der Kripo in der Peterstraße. Dort traf er auf Herrn Rockmann als zuständigen und sehr netten und hilfsbereiten Beamten. Der machte sich für Herrn Habermann in nur 14 Tagen schlau, telefonierte mit Landes- und Bundeskriminalamt und allen zuständigen Instituten. Mit einem für Habermann enttäuschenden Ergebnis: Die Freigabe des Erwerbs, Anbaus, Inverkehrbringens usw. der Pflanzen beschränkt sich auf praktizierende Landwirte. Herr Dupetit z. B. darf die Pflanzen verkaufen, aber Käufer darf es nicht geben, außer andere Landwirte natürlich, die das Zeug aber selbst zu Tausenden auf den eigenen Feldern stehen haben.

Und noch mehr hat Herr Rockmann erfahren. Demnächst soll der Handel mit den harmlosen Müslisamen verboten werden. Wer sammelt die dann alle aus dem Vogelfutter heraus, mit dem sich die Pflanzen seit Vogelhausgedenken in jeden Kleingarten eingeschlichen haben?

Um sein Gewerbe auf feste Füße zu stellen, hatte Habermann soeben über eine Sortimentserweiterung nachgedacht. Es wird noch dauern, bis viele vom natürlichen Chic haltbarer Hanfjeans überzeugt sind - die eben noch etwas teurer sind, bis der Markt sich aufgebaut hat. Für Liebhaber sollten im "Grashaus" auch spezieller Gärtnerbedarf und Raucherzubehör angeboten werden. Daraus wird wohl nichts: auch Wasserpeifen und andere Dinge, die nur den Hauch anrühigen Drogenkonsums in sich bergen, sollen Gerüchten zufolge demnächst per Gesetz aus dem Fachhandel verschwinden. □



Hanf: eine der ältesten Kulturpflanzen der Welt. Angebaut zur Fasergewinnung (Papier, Seile, Kleidung), Einsatz für medizinische Zwecke und Kosmetik; Verwendung als sanftes Rauschmittel. Im Gegensatz zu harten Drogen wie Heroin oder auch Alkohol gibt es keine Belege, daß der Genuß von Hanfpflanzen eine körperliche Suchtabhängigkeit bewirkt. Auch sind Todesfälle durch Konsum von **Haschisch** (getrocknetes Harz der Hanfpflanze) oder **Marihuana** (**Gras**, getrocknete Pflanzenteile) nicht bekannt. In diesem Sinne ist Haschisch auch keine "Einstiegsdroge". Solange Besitz und Gebrauch von THC-haltigen Hanfprodukten illegal sind, besteht die Gefahr, daß die Konsumenten in ein entsprechendes Umfeld "abrutschen" und über diese Schiene auf härtere Drogen umsteigen. Dieser Gefahr kann durch Trennung zwischen "weichem" und "hartem" Drogenmarkt vorgebeugt werden, wie das Beispiel Niederlande belegt.

THC: Tetra-Hydro-Cannabinol ist der Hauptwirkstoff, der bei Genuß bestimmter Teile der Hanfpflanze die berauschende und beruhigende Wirkung hervorruft. Bei einem Gehalt von unter 0,3% THC in der Trockenmasse gilt Hanf als THC-frei. Solche Sorten dürfen seit 1996 in großem Maßstab landwirtschaftlich für die Fasergewinnung angebaut werden. Ihre Samen sind als Koch- und Backzutat im Fachhandel frei erhältlich.

Headshop: Spezialhandlung für Raucherzubehör, vermehrt auch Verkauf von Hilfsmitteln zur Pflanzenaufzucht wie Erde, Lampen, Fachliteratur.

Coffeeshops: Cafés, in denen an der Theke Haschisch und Marihuana in kleinen Mengen für den Eigenbedarf verkauft werden. C. gibt es bislang nur in den Niederlanden. Sie wurden eingeführt, um den Konsum weicher Drogen vom Hartdrogenmarkt (Heroin, Kokain u. ä.) und der damit verbundenen Kriminalisierung zu trennen.

Dieser Beitrag ist nicht als Aufforderung zum Konsum jedweder Drogen zu verstehen. Gift ist immer eine Frage der Menge. Ob Haschisch, Marihuana, Alkohol oder Medikamente; jeder Mensch ist selbst verantwortlich für den Umgang mit Genuß- und Rauschmitteln. Dieser Beitrag kann jedoch eine Anregung sein, über die Verharmlosung von Drogen wie Alkohol oder Psychopharmaka nachzudenken, deren Gefahren, unter dem Deckmantel von Medien-, politischen und Justizkampagnen gegen ein nachweislich vergleichbar harmloses Rauschmittel und Therapeutikum, in Vergessenheit geraten können. (red).

Kommentar

PARANOIA IM AUFWIND

Gerade erst hat die Aufklärung über die Bedeutung der Hanfpflanze begonnen. Gerade haben Eltern und Lehrer verstanden, daß man Haschisch nicht spritzt, daß aus den kiffenden Kindern doch ordentliche Menschen geworden sind und was der Unterschied zwischen weichen und harten Drogen ist.

Die Politiker ziehen nach. Der Besitz geringer Mengen berauschender Hanfprodukte für den Eigenbedarf wird in der Regel nicht mehr strafrechtlich verfolgt. Hanfläden, -messen und Zeitschriften schießen allerorten aus dem Boden wie das Gewächs selbst. Innovationsfreudige Landwirte erhalten über den Anbau von Faserhanf eine neue Existenzgrundlage. Die Nachfrage nach Hanffasern für Papier, Seile, Bau- und Dämmstoffe kann kaum befriedigt werden, solange Werke zum Faseraufschluß fehlen.

Sogar die puritanischen Vereinigten Staaten hatten ein Einsehen. Offiziell geduldet bäckt die Gemeindegemeinschaft "Brownie Mary" hoch THC-dosierte Plätzchen für Krebs- und AIDS-Kranke, die dadurch Appetitmangel und Schmerzen in den Griff kriegen. Und nachdem einige Ärzte Patienten, bei denen keine andere Behandlung anschlug, hinter vorgehaltener Hand auf die Existenz dieser Pflanze aufmerksam machten und nun eindeutige Heilungserfolge verzeichnen, ist in Kalifornien der medizinische Einsatz von Hanf offiziell möglich.

Auch in der Schweiz werden Schmerzpatienten mit THC-Kräutern behandelt. In den Niederlanden ist der Erwerb kleiner Mengen Haschisch oder Marihuana in staat-

lich tolerierten coffee-shops seit langem selbstverständlich.

Doch unser Thema ist nicht der Hanf, der neben anderen therapeutisch wirksamen Begleitstoffen THC enthält. Unser Thema ist eben das Nicht-THC, sind nahezu wirkstofffreie Pflanzen, die für industrielle Produkte und auch zur Dekoration verwendet werden können. Könnten. Denn parallel zu allen Legalisierungs-, besser Normalisierungsbestrebungen im Umgang mit dieser alten und vielseitigen Kulturpflanze, die jahrzehntelang zu Unrecht verurteilt wurde, entwickelt sich eine Paranoia, die eine starke Lobby hat. Da sie jeder Logik entbehrt, kann man nur raten, aus welcher Ecke sie kommt. Was passiert, wenn Hanf sich breitmacht? Wenn z. B. Millionen Alkoholiker auf Hanf umschwenken? Die Lösung: Offizieller Verkauf mit Einführung einer Steuer auf Haschisch und Marihuana. Dann hat Herr Waigel keine Probleme mehr damit - aber immer noch die Pharmakonzerne. Eine Unzahl chemischer Arzneimittel mit vielen bekannten und unbekanntenen Nebenwirkungen könnte so vom Markt verschwinden und äußerst preiswert ersetzt werden. Aber auch andere Naturheilverfahren werden vom bestehenden Gesundheitssystem ignoriert, weil sie den Profit drastisch vermindern könnten. Und so wird in einem Rundumschlag alles verteufelt und vernichtet, was die bekannten gefingerten Blätter hat - egal, ob es Wirkstoffe enthält oder nicht.

Und was wird nun aus der Schaufensterdekoration? Da gibt es viele interessante Pflanzen, die wir häufig in so manchem Hausgarten finden - Stechapfel zum Beispiel oder Schlafmohn. Schon mal probiert? Nein? Dann aber Beeilung. Vielleicht fährt schon bald der grün-weiße Schredder durch den Garten.

Imke Zwoch



Abgeblitzt ist die 'Jade-Welle' des Vareler Auto-Moguls Dierk Filmer beim Verwaltungsgericht Oldenburg mit ihrem Antrag, den sofortigen Vollzug der Lizenzerteilung für Radio Jade auszusetzen.

Nach Durchlesen der Begründung für diesen Antrag ist dessen Zurückweisung auch nicht überraschend. In der Begründung wird mit konstruierten Zusammenhängen, unbewiesenen Unterstellungen und schlichtweg falschen Behauptungen gearbeitet. Da wird die Schriftgröße einer handschriftlichen Notiz zum Beweis der Bevorzugung, da werden eigene Versäumnisse zum Beweis der Benachteiligung usw.

Die demokratische Struktur von Radio Jade wird von der Jade-Welle als "schwerfällig, praxisfremd und bedenklich" bezeichnet, doch daß das Konzept der Jade-Welle noch hinter das des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zurückfällt und damit für den nicht-kommerziellen Lokalfunk absolut untauglich ist, sieht man bei Filmer wohl nicht.

Die Jade-Welle begründet ihren Antrag unter anderem auch damit, daß Radio-Jade zu sehr von Gewerkschaften und Umweltschutzgruppen beeinflusst sei. Im Stile einer Agitationsschrift wird in der Begründung ständig die Vision eines 'Klöpfer-Radios' suggeriert, Mitgliedsgruppen wie das Antifaschistische Bündnis werden als 'Paradiesvögel' in Mißkredit gebracht. Doch die Begründung mußte so ausfallen: Schließlich fehlen die Fakten.

Die Stellungnahme der Landesmedienanstalt dazu ist dann auch entsprechend eindeutig. Sie hält der Jade-Welle den Spiegel vor und verdeutlicht nochmals einige Gründe, die zur Ablehnung der Jade-Welle führten.

- Wegen des unausgeglichenen Finanzplans gab der Haushalts- und Finanzausschuß ausdrücklich keine Lizenzempfehlung.

- Der Rechtsausschuß hat die Jade-Welle einstimmig abgelehnt, weil diese die personellen Voraussetzungen nicht erfüllt.

Die Landesmedienanstalt zeigt sich dann auch darüber erstaunt, "daß ausgerechnet ein chancenloser Lizenzbewerber die Aufnahme des Sendebetriebs" verzögert.

Ob die Jade-Welle gegen den Beschluß des Verwaltungsgerichtes Beschwerde eingelegt hat, war bei Drucklegung nicht in Erfahrung zu bringen. Die Frist dafür verstrich am 4. Februar. (hk)



MEHR ARBEIT FÜR WENIGER LEUTE

MIT DER EINSTELLUNG DES HOL- UND BRINGEDIENSTES DER MÜLL- ABFUHR WIRD EINE LAWINE LOSGETRETEN

(hw/noa) Gebührenerhöhungen, Schließung städtischer Einrichtungen, Streichung von kommunalen Dienstleistungen sind die Maßnahmen der Stadt Wilhelmshaven angesichts leerer Kassen. Zähneknirschend, aber doch mit Verständnis nehmen die BürgerInnen diese Einschränkungen zur Kenntnis. Wie sehen das die Beschäftigten der Stadt? Der Gegenwind sprach mit den ÖTV-Vorstandsmitgliedern Dieter Kanth und Bernd Kühler, die auch dem Personalrat der Stadt angehören.

Einstieg in die Privatisierung der Müllabfuhr?

Gegenwind: In der letzten Ratssitzung 1996 haben die Müllwerker mit Transparenten im Ratssaal demonstriert. "Roter Sumpf Teil III", "Venske läßt grüßen", "Verraten von den roten Piraten", "Die Zukunft der SPD - arbeitslos", das waren u.a. ihre Parolen. Was ist los?

Kanth: Die Abschaffung des Hol- und Bringendienstes ist der Einstieg in eine viel größere Geschichte. Es steht zu befürchten, daß die städtische Müllabfuhr insgesamt zur Disposition steht.

Gegenwind: Laut WZ wird durch die Streichung des Hol- und Bringendienstes in einigen Bezirken lediglich ein Beschäftigter arbeitslos...

Kühler: Vier Kollegen werden in andere Bereiche versetzt, und zwei gehen in den Ruhestand, so daß nur ein Kollege mit einer befristeten Stelle jetzt arbeitslos wird. Es werden also sieben Arbeitsplätze vernichtet!

Kanth: Und das ist ja erst der erste Schritt. Es steht schon jetzt fest, daß er auch in anderen Abfuhrbezirken aufgegeben werden soll - das ist jetzt erst mal ein "Modellversuch".

Kühler: Der Arbeitskreis Abfallwirtschaft der ÖTV hat im August 96 die Parteien angeschrieben, dargestellt, was passiert, wenn der Hol- und Bringendienst gestrichen wird, und um Stellungnahme gebeten. Die SPD hat geantwortet, es handle sich nur um einen Prüfauftrag. Tatsächlich war es schon eine konkrete Planung. Die Müllwerker fühlen sich von der SPD verschaukelt, und sie wollen um ihre Arbeitsplätze kämpfen. Vielleicht ist der Kampf erfolglos, aber sie wollen es der Stadt so schwer wie möglich machen, Arbeitsplätze zu vernichten. Es handelt sich in diesem Bereich um Leute, die größtenteils keinen Beruf erlernt haben und die danach keine Chancen mehr haben.

Gegenwind: In einigen Wahlprogrammen stand ja die Forderung nach der Abschaffung des Hol- und Bringendienstes - in dem der SPD nicht. Ist das denn jetzt eine Auflage der Bezirksregierung?

Kanth: Nein. Die Müllabfuhr rechnet sich doch, das ist doch kein Zuschußgeschäft! Es besteht gar keine Notwendigkeit, daß die Bezirksregierung da mitredet.

Gegenwind: Wo diese Leistung weg-

fällt, sollen ja auch die Gebühren sinken. Es gibt dadurch also gar keine Einsparung für die Stadt. Warum macht sie es dann überhaupt?



Kanth: Da gibt es zwei mögliche Erklärungen. Die eine Variante: Es gibt offensichtlich in den Parteien eine Lobby von Einfamilienhausbesitzern, die 30 DM im Jahr sparen wollen. Die andere Variante: Der sogenannte Modellversuch ist ein Einstieg in die Privatisierung der Müllabfuhr. Im Moment wird nur einer arbeitslos, und es sind sieben Arbeitsplätze weg. Wenn das ausgeweitet wird auf das gesamte Stadtgebiet, sind weitere acht bis zehn Arbeitsplätze weg - von einem Bestand von jetzt noch 45 Beschäftigten. In den Vierteln mit den Mehrfamilienhäusern wird es kaum möglich sein, daß die Bewohner die großen Müllcontainer an die Straße stellen. Die Wohnungsbaugesellschaft Jade schätzt das jedenfalls so ein. Die hat gegenüber der ÖTV erklärt, daß sie es nicht für machbar hält, daß die Mieter ihre Tonnen selber an die Straße bringen. Das wird dann der GMA übertragen, und dann ist der nächste Schritt, daß die auch die Container entleeren. Und dann ist der ganze Bereich weg. Wir schätzen den Modellversuch als einen Schritt zur Privatisierung der Müllabfuhr ein, wobei eine Salamtaktik angewendet wird.

Kühler: Und wenn man die alten mit den neuen Gebühren vergleicht - die WZ hat sie ja schon veröffentlicht - dann sucht man die Ersparnis für den Bürger vergebens. Ohne

Hol- und Bringendienst müßte die Müllabfuhr ja billiger werden - wird sie aber nicht.

Sparen auf Kosten der unteren Einkommensschichten

Gegenwind: Die Stadt ist ja aber nun mal fast zahlungsunfähig!

Kanth: Die Kollegen in der Stadtverwaltung haben eher den Verdacht, als handle es sich hier um eine Inszenierung. Jetzt auf einmal, nach der Kommunalwahl, lesen wir, daß Wilhelmshaven zahlungsunfähig sei. Niemand glaubt, daß das nicht schon vorher absehbar war. Die Stadt ist seit vielen Jahren verschuldet, aber nun hat man bis nach der Wahl gewartet, bevor man die Wähler mit der Streichung von Leistungen, der Schließung von Einrichtungen und der Erhöhung von Gebühren konfrontierte. Wenn der Oberbürgermeister den Müllwerkern nichts anderes sagen kann als "Denken Sie doch mal an die 7500 Wilhelmshavener, die schon arbeitslos sind", dann ist das eine Bankrotterklärung der Personalpolitik!

Man muß sich einmal klarmachen, in welcher gesellschaftlichen Situation das passiert. Es gibt einen ungeheuren Reichtum - die Reichen wissen nicht, was sie mit ihrem Geld anfangen sollen. Und da werden nun also ohne Not Arbeitsplätze vernichtet!

Gegenwind: Wie sieht es denn in den anderen Bereichen außer der Müllabfuhr aus?

Kanth: Der Stellenabbau hat vorrangig in den Arbeiter- und den unteren Angestelltenbereichen stattgefunden. In den oberen Bereichen hat es gar keine Stellenstreichungen gegeben.

Gegenwind: Ist nicht eine Dezernentenstelle gestrichen worden?

Kanth: Ja, das stimmt, und diese Dezernentenstelle wird dem Personalrat immer wieder als Beispiel vorgehalten. Und wenn wir sagen, daß die Schrumpfung des allgemeinen Sozialdienstes auf weniger als die Hälfte der Beschäftigten bei gleichzeitigem Aufgabenzuwachs unzumutbar ist, hören wir, wie sehr belastet die jetzt nur noch vier Dezernenten sind, die die Arbeit von fünf machen müssen und doch die ganze Verantwortung tragen. Wer aber die Dezember-Ratssitzung aufmerksam verfolgt hat, dem ist vielleicht aufgefallen, daß Herr Graul mit "Dr. Graul" angesprochen wurde. Wann der bei der ganzen Überlastung der Dezernenten die Zeit gefunden hat, seine Doktorarbeit zu schreiben, das wollen bestimmt die meisten Beschäftigten der Stadt sehr gerne wissen.

Gegenwind: Stimmt es, daß die Wohngeldstelle in Stoßzeiten - etwa am Saisonende, wenn Saisonarbeiter wieder wohngeldberechtigt werden - so überlastet ist, daß Anträge monatelang liegenbleiben?

Kanth: Ja, Anfang des Jahres sind etwa 1000 Anträge über Monate unbearbeitet geblieben. Dort sind auch zwei Stellen abgebaut worden. Das ist eine Tendenz, die man nicht nur in Wilhelmshaven, sondern auch beim Bund und den Ländern beobachten kann: Immer mehr Arbeit wird auf die Beschäftigten der unteren Einkommensklassen verteilt, während die Aufgaben zunehmen. Das führt

zu einem Teufelskreis: Der Personalbestand des Sozialdienstes z.B. ist so stark geschrumpft, daß die Betreuung der Familien nicht mehr stattfinden kann. Die Familien werden mit ihren Problemen alleingelassen, und in vielen Fällen führt das dazu, daß die Kinder in Heimen oder Pflegefamilien untergebracht werden müssen. Diese Unterbringungskosten hat aber auch wieder die Stadt zu tragen. Insgesamt ist es so, daß die Streichung von kommunalen Leistungen zu Lasten der sozial schwächeren Bevölkerungsschichten geht. Auch die Schließung des Freibades Nord trifft hauptsächlich Leute, die wenig Geld haben.

Kühler: Und was soll aus dem Freibad werden? Wenn es nicht gewartet wird, geht es kaputt - ein Jahr später übernimmt das auch kein privater Investor mehr.

Rosinenpickerei

Gegenwind: Gibt es denn außer der Müllabfuhr weitere Bereiche, die privatisiert werden können?

Kühler: Wir werden uns hüten, der Stadt per Gegenwind auch noch Tips zu geben.

Gegenwind: Und sind euch entsprechende Pläne der Verwaltung bekannt?

Kühler: Das wird die Verwaltung dem Personalrat nicht vorab verraten.

Kanth: Es ist eine Rosinenpickerei. Wo ein Privatunternehmer Profiterwartungen hat, ist Privatisierungsdruck. Die Müllabfuhr ist insofern ein Musterbereich. Und die Stadtverwaltung wird ein verbeamtetes Armenhaus. Personalkosten lassen sich besser in den Arbeiter- und Angestelltenbereichen einsparen. Durch die Schließung des Küstenmuseums werden zwei Stellen eingespart, aber die Miete muß dennoch weiterbezahlt werden.

Kühler: Die Kollegen sind enttäuscht, daß sie nicht einmal in den neu in den Rat gekommenen Arbeitern Fürsprecher haben. Und wenn eine DAG-Gewerkschaftssekretärin im Rat den Beschneidungen zustimmt, fühlen sie sich verraten.

Gegenwind: Eine Ratsfrau ist doch nicht in ihrer beruflichen Eigenschaft im Rat. Wenn sie auch eine Gewerkschaftssekretärin ist - als Ratsfrau ist sie Ratsfrau. Das sind doch zwei unterschiedliche Rollen.

Kühler: Das sind keine zwei Rollen, das sind zwei unterschiedliche Mäntel! Sie trägt bei den Müllwerkern einen Wintermantel und bei einem Festbankett einen Seidenschal! Ein Mensch kann doch nicht, nur weil er im Rat ist, seine inneren Überzeugungen leugnen!

Gegenwind: Es gab Gerüchte und Spekulationen, daß die Stadt nicht einmal mehr die Löhne und Gehälter bezahlen könne. Stimmt das?

Kanth: Die Dezembergehälter sind pünktlich überwiesen worden. Daß die Stadt keine Löhne und Gehälter zahlen kann, das wird es nicht geben. Wir sind hier doch nicht in Rußland! Trotzdem ist vor etwa anderthalb Jahren schon einmal mit den Gehältern spekuliert worden - bei verzögerter Auszahlung könnte die Stadt Zinsgewinne machen.

Wenn das tatsächlich mal passieren würde, gäbe es eine Prozeßflut; das würde zu teuer. Als im Dezember in der Stadt die Parole umging, es sei nicht sicher, ob die Gehälter am 15. kommen, war für viele klar, daß sie dann klagen und auch die Verzugszinsen erstreiten würden.

Kühler: Verzögerte Auszahlung - das wäre ein gefährliches Spiel mit Menschen. Gerade in den unteren Bereichen leben viele mit einem dauernden Überziehungskredit. Und wenn eine alleinerziehende Mutter, die als Raumpflegerin bei der Stadt arbeitet, am

10. eines Monats nicht weiß, ob sie am 15. noch etwas zu beißen hat, das ist doch unmenschlich!

Gegenwind: Wir danken euch für das Gespräch. □

**HANFHAUS
heißt bald**

GRASHAUS

UNLIEBSAME ÜBERRASCHUNGEN

ÄNDERUNGEN BEI DER RENTENBERECHNUNG TREFFEN HAUPTSÄCHLICH FRAUEN

(noa) Interessant und gleichzeitig besorgniserregend war, was auf einer von DGB-Frauen für DGB-Frauen organisierten Veranstaltung zum Thema „Alterssicherung von Frauen“ am 20. Januar von dem Referenten vorgetragen wurde

Der Leiter der Wilhelmshavener Dienststelle der Landesversicherungsanstalt, Herr Christoffers, erläuterte die Folgen des Rentenreformgesetzes und des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes. Sein Fazit aus der neuen Rentenberechnung: Alle sollten sich ein „zweites Standbein“ zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung zulegen, besonders aber Frauen, denn die massivsten Einschnitte ergeben sich für die Alterssicherung von Frauen. „Die härtesten Schläge erleiden diejenigen, die schon sowie die niedrigste Rente zu erwarten haben - und das sind bekanntermaßen mehrheitlich Frauen.“

Ein Beispiel: Eine Wilhelmshavenerin bekam im Herbst 96 von der LVA eine Rentenauskunft, derzufolge sie 350 DM Altersruhegeld bekommt, wenn sie jetzt mit 60 in Rente geht. Nach der damaligen Rechtslage stimmte das auch. Nach dem neuen Gesetz bekommt sie nun ganze 239 DM Rente. Der Tip des Fachmanns an alle Frauen, die in nächster Zeit in den Ruhestand gehen wollen und sich deshalb im Verlauf des letzten Jahres schon ihre zu erwartende Rente ausrechnen ließen, lautet deshalb, unbedingt eine neue Rentenauskunft einzuholen, bevor sie aufhören zu arbeiten, denn ansonsten erleben sie ähnliche unliebsame Überraschungen wie diese Frau.

Die Anhebung der Altersgrenze von 60 auf 65 Jahre in Monatsschritten für alle Jahrgänge ab 1940 bzw. der prozentuale Abschlag bei Rentenbeginn mit 60 kostet z. B. eine Frau, die im Januar 1945 oder später geboren ist, 18% ihrer Rente, wenn sie schon mit 60 in den Ruhestand geht - will sie ihre volle Rente, dann muß sie bis 65 arbeiten. Für diese Frauen ist es noch ein paar Jahre hin, und vielleicht gewinnen sie ja mittlerweile im Lotto und können mit einer Einzahlung in die Renten-

kasse dieses Loch stopfen. 10 000 DM kostet die Erhöhung der Altersbezüge um 45 DM.

Außer der Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist es aber noch ein zweiter Faktor, der ausgerechnet die Minirenten von Frauen, die nur wenige Jahre berufstätig waren und dann der Kinder wegen zu Hause geblieben sind, heftig schmälert. Wurden nach der früheren Gesetzeslage die ersten vier Berufsjahre (in denen man ja im allgemeinen wenig verdient) mit 0,9 Entgeltpunkten in die Rentenberechnung einbezogen, werden diese mageren Jahre jetzt nur noch mager rentenwirksam. Um dies deutlich zu machen, konstruierte Herr Christoffers das Beispiel zweier Frauen mit fast identischem Lebenslauf. Beide waren in den Jahren 1946 bis 1950 berufstätig, beide haben gleich viel verdient, beide haben drei Kinder bekommen und aufgezogen. Die eine bekommt jetzt eine Rente von 289,26 DM, die Rente der anderen beträgt 184,19 DM. Der Unterschied von über 100 DM ergibt sich aus wenigen Tagen Altersunterschied: Die erste ist im November 1931 geboren und im Dezember 1996 Rentnerin geworden, die andere bezieht ihre Rente erst ab Januar 1997.

Auch die weitere Verkürzung der auf die Rente anrechnungsfähigen Schul- und Ausbildungsjahre betrifft zwar alle künftigen Rentner und Rentnerinnen, trifft aber die BezieherInnen kleiner Renten, also überwiegend Frauen, sehr viel empfindlicher.

Herrn Christoffers schlug vor, alle Frauen sollten ab jetzt jährlich jeweils am 25.9., dem Tag der Verabschiedung des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes, auf die Straße gehen. Eine gute Idee. Mal sehen, ob die Teilnehmerinnen der Veranstaltung diese Anregung aufgreifen. □

RÜBE AB! SCHWANZ AB!

DER RUF NACH DER TODESSTRAFE - ÜBER DIE MECHANISMEN KOLLEKTIVEN ZORNS

(iz) Mitte Januar 1997 lagen in einigen Wilhelmshavener Geschäften Unterschriftenlisten aus. Die Forderung: Wiedereinführung der Todesstrafe für "Kindermörder" und "Vergewaltiger". Als Initiatoren zeichnen mit Namen und Anschrift ein Mann aus Wilhelmshaven und eine Frau aus Zetel, laut beigefügtem Flugblatt stellvertretend für eine Gruppe von "Eltern und Mitbürgern". Ihre Motivation: "Wir müssen etwas unternehmen, das betrifft uns alle ... Nur wenn wir alle der Meinung sind, daß diese ... auch den Tod verdienen ... nur dann haben wir eine Chance ... Stimmt dafür und helft alle mit!" Die Listen sollen direkt dem Bundespräsidenten zugeschickt werden ... Im folgenden versuchen wir, diesen - für uns fragwürdigen - Aktionismus als Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema "Gewalt" zu betrachten.

Die Region wird von Kapitalverbrechen erschüttert. An zwei aufeinander folgenden Tagen werden ein kleines Mädchen aus Varel und ein älteres Ehepaar aus der Jadestadt ermordet. Die Medien schlachten das Sexualverbrechen an der kleinen Kim Kerkow aus. Verängstigte Vareler Eltern lassen ihre Kinder keine Sekunde mehr unbewacht, Spielplätze verweisen. Angst, Betroffenheit, hilflose Wut machen sich breit.

Weltweit fallen unzählige Kinder - Tausende, Zehntausende, Hunderttausende? - alltäglicher körperlicher, sexueller Gewalt, seelischem, manchmal auch tatsächlichem Mord zum Opfer. Der Täter ist selten der böse Fremde aus dem Park. Der Täter heißt Papa, auch Mama, Opa, Onkel. Der Täter ist der fleißige deutsche Familienpapa, dem die Sextour nach Thailand doch vergönnt sein muß. Die Täter produzieren schmutzige Filme mit kaputten Kindern und verdienen ein Schweinegeld damit. Die Täter werben mit dem Bild der "kleinen Lolita" für ganz normale Produkte. Und alle gucken zu. Auch die Konsumenten sind Täter: Beihilfe zum (see-lischen) Mord.

Aber das hier ist was anderes. Es geht um ein deutsches Mädchen, kein thailändisches. Keines aus Bayern, sondern eines aus Friesland. Das Mädchen von nebenan. Das geht uns plötzlich alle an. Da drehen wir nicht mehr den Fernseher lauter, wenn nebenan schon wieder das Kind brüllt. Das ist nun, mal wieder, in den Brunnen gefallen. Da müssen wir was tun. Dieses Kind ist nicht mehr zu retten. Also schmeißen wir den Täter hinterher: Todesstrafe! Rübe ab!

Es dauert lange, bis des Volkes Seele hochkocht; in der Regel muß es zuvor mindestens ein Todesopfer geben, das durch die Medien in aller Nachbarschaft gerückt wird. Erinnern wir uns an die Lichterketten Anfang 1993: Rechtsradikale ermorden ausländische MitbürgerInnen. Die Opfer häufen sich bis über die Schmerzgrenze, und es sind Kinder dabei. Das rührt an unsere Instinkte. Dareicht in jeder Stadt, wie in Wilhelmshaven, die Initialzündung durch ein, zwei Personen, und alle stehen geschlossen auf der Straße, verfrieren sich die Füße und verbrennen sich die Finger, bis der Zorn verraucht ist. Dann gehen alle wieder nach Hause, und zwei Jahre

später ziehen die Republikaner ins Stadtparlament ein. Nichts haben sie verändert, die Fackelträger, jedenfalls nicht zum Guten. Nicht in sich und nicht in der Gesellschaft. Keiner will bemerken, wie sich täglich neuer Zündstoff zusammenbraut, und alle brauen passiv oder aktiv mit. Ob Ausländerfeindlichkeit, ob sexuelle Gewalttaten: die Mechanismen sind dieselben.

Auch wir trauern mit Kims Eltern. Wir trauern mit allen weltweit, deren Kindern solches widerfährt. Was passiert im Kopf derer, die nun nach Todesstrafe schreien? Mord ist Barbarei - auch der Mord an einem Triebtäter. Wem soll sein Tod etwas nützen? Nach der Wiederholungstat wird er wohl, unabhängig vom Strafmaß, lebenslang in Sicherheitsverwahrung bleiben. Die deutsche Justiz, dieser über alles erhabene Staat wird es ihm nicht mehr zugestehen, die Fehler unserer "Gesellschaft" vorzuführen. Therapieplätze sind nur für ein Fünftel der Sexualstraftäter vorhanden.

Während er viel Zeit zum Nachdenken hat, züchten wir seine Nachfolger heran. Todesstrafe: Hexenverbrennung. Wer sie fordert, will sein schlechtes Gewissen verbrennen. Mitnichten kann er nachher angstfrei leben. Es bleibt die Angst vor sich selbst, die Angst vor einer Umwelt, in der Gewalt täglich vorgeführt und auf die abstrakte Ebene verbannt wird. Wer anfällig ist, kann Abstraktes und Realität nicht unterscheiden und ahmt nach, was täglich unzensuriert präsentiert wird.

Der Mord am Ehepaar Flacke rückte durch den Kindermord schnell ins Vergessen. Das Motiv ihres Mörders: ein kleines "Verbrechen" (eine offene Hotelrechnung) durch ein großes vertuschen. Die Gewaltbereitschaft ist größer als der Mut, einen kleinen Fehler einzugestehen. Der Fernsehheld macht auch keine Fehler - und wenn doch, ist er danach tot.

Die Mediengewalt - im Doppelsinne - soll die Morde nicht rechtfertigen. Nicht nur "die Gesellschaft ist schuld", auch der Kindermörder. Wir behaupten, wir lebten in einem zivilisierten Land. Die Vorgabe ist gut. Und während wir dem Täter, dem Spiegelbild unserer Zivilisation, einen fairen Prozeß, angemessene Verwahrung und eine

Therapie zugestehen, können wir ja daran arbeiten, uns wirklich, endlich zu zivilisieren. □

In der Region gibt es auch konstruktive Beiträge zur Problemlösung. Die Landessprecherin der Partei "Die Frauen", Edith Brunzlow, hat einen Frauenstammtisch zum Thema Gewalt ins Leben gerufen. Treffen ist jeden letzten Freitag im Monat um 20 Uhr im Marienstübchen in Sande/ Altmarienhausen.

Leserbriefe

Zur Berichterstattung über den Wahlerfolg der Republikaner in Wilhelmshaven

Mit anteilnehmenden Interesse habe ich die Irritationen beachtet, die der Wahlerfolg der Republikaner bei Mitarbeitern des Gegenwindes verursacht hat.

Herr Uwe Brams bemerkte "Wölfe im Schafspelz" (Gegenwind Oktober 1996, S. 5) und ortete - nach seinem verkehrten Links-Rechtsschema - "Rechte Hochburgen in den 'klassischen Arbeitervierteln Bant und Federwardergroden, die man heute wohl eher als Arbeitslosenvierteln bezeichnen müsse". Dem von ihm selber gesetztem Anschein nach ist er gefährdet, die Mentalität eines Bautzener Gefängniswärters anzunehmen, indem er alle Menschen politisch über einen einzigen dualistischen Leisten spannt. Dazu die Beispiele:

1. Er identifiziert die 'Republikaner' mit der Partei von Herrn Dr. Frey, mit der DVU in Bremen, und meint daraufhin, "daß es gut möglich ist, diese ewig gestrigen braunen Konsorten in der täglichen politischen Arbeit so zu isolieren, dass sie entnervt nach kurzer Zeit das Handtuch schmeißen" (ebda, S. 5, re.Sp.).

Wie das mit der niedersächsischen Gemeindeordnung, mithin nach demokratischem Recht machbar wäre, die doch immer noch gültig ist, weiß dieser 'Demokrat' nicht zu sagen.

2. Brams führt die Namen dreier Deutschen an, von denen einer dem Vernehmen nach durch ein Parteiverfahren rechtskräftig aus der Parteizugehörigkeit zur Partei 'Die Republikaner' ausgeschlossen wurde und den als 'radikaler Schläger' titulierten Thorsten de Vries der nach Hamburg abgewandert ist. Wie soll dieser denn mit Fäusten die politische Aufbauarbeit der Republikaner in Wilhelmshaven steuern?

3. Fundamental fehlendes geistiges Unterscheidungsvermögen will Brams auch hier mit brauner Farbe zu einem "braunen Süppchen" (ebda, S.5, re.Sp.) verschmieren. Wer läßt sich durch solche Schmiererei noch verleiten, weiterzulesen?

Hoffen wir, daß die Nachrichtensperre über die politische Aufbauarbeit der Republikaner in unserer Stadt bald beendet wird.

Wie aus verlässlicher Quelle mir be-

kannt wurde, wollen Wilhelmshavener Republikaner Kurt Schumachers Werk politisch beerben. Sie haben bereits damit begonnen, dessen Grundpositionen zu durchdenken.

Immerhin war Kurt Schumacher von 1946 bis 1952, bis zu seinem Tode Parteivorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Wer beispielsweise Hans-Günter Webers Buch 'Abschied von Deutschland. Die Wandlung der SPD von Schumacher bis Lafontaine', das Buch eines alten Mitarbeiters von Schumacher, durchsichtet, wundert nicht, daß einstige Sozialdemokraten auch aus Kurt Schumachers geistigem Erbe bemüht sind, eine volksnational gesinnte Partei aufzubauen und deren Ziele in der politischen Praxis umzusetzen, die Interessen des sogenannten 'Kleinen Mannes' zu vertreten.

Horst Reinecke, Müllerstr. 37

PS. Bitte seien Sie auch im Gegenwind bemüht, der Wahrheit in der Wilhelmshavener Kommunalpolitik eine Gasse zu bahnen.

LILA ODER PINK

Leserbrief zur Ausgabe Nr. 138

Wißt Ihr, liebe Leserinnen und Leser, insbesondere liebe Grünen, was ich wirklich sehr bezeichnend, um nicht zu sagen sehr traurig, finde? Daß ich in den Zusammenarbeitsvereinbarungen der Grünen mit der CDU nichts zu einem den Grünen vielleicht nicht unbekanntem Thema finden konnte: der Umwelt. Die Grünen ohne Umwelt. Muß man dazu noch was sagen?

Nur ein Vorschlag: Vielleicht sollten die Grünen sich umbenennen. In die Lilanen oder Pinken, ganz egal. Nur nicht mehr die Grünen. Das wird mit der Zeit zu peinlich.

Samuel Klar, Opdenhoffstr. 23 (Mitglied der Bündnis90/Die Grünen)

Zur Behauptung im Gegenwind 138, daß die SPD-Führung gegen einen Parteitagsbeschuß verstoßen hat.

Hallo Redaktionsteam, nachdem ich Eure letzte Ausgabe vom November/Dezember d.J. zweimal genauestens durchgelesen habe - die Artikel über die Scientology Church fand ich sehr informativ, aber auch beängstigend - muß ich mich doch zu Eurem Artikel "Wenn's um die Macht geht" melden.

Ihr schreibt, daß der Parteitagsbeschuß aus 1993 nicht eingehalten worden sei, in dem festgehalten wurde, daß der Unterbezirk die Ortsvereine über Ergebnisse von Koalitionsverhandlungen in geeigneter Weise zu informieren habe.

Aber genau dies ist geschehen: in 3 (!) UB-Vorstandssitzungen in der Zeit vom 18. September bis 21. Oktober, zu der die Ortsvereinsvorsitzenden - oder Vertreter - ausdrücklich eingeladen waren, wurde der jeweilige Stand der Verhandlungen mit allen Parteien/Gruppen erläutert und heftig und eingehend diskutiert und dann das weitere Vorgehen besprochen. Es war auf keinen Fall so, daß nur "referiert" wurde, sondern auch andere "Vereinigungsmodelle" wurden intensiv und ernsthaft besprochen und dann gab es nach Abstimmung eine Empfehlung fürs weitere Vorgehen.

Da ich selbst als Vertretung für unseren OV-Vorsitzenden immer anwesend war, was andere OV-Vertretungen auch waren, müßt Ihr mir dies schon abnehmen.

Und es war nicht nur ein "Trio", das die Verhandlungen führte, sondern mit Erika Reichenbacher ein Vierergespann.

Aufklärung tut not, und die Pressefreiheit wird von mir heftigst vertreten, nur sollten Tatsachen nach Recherchen in den Zeitungen/Illustrierten verbreitet werden. Ihr hättet nur irgend einen OV-Vorsitzenden aus Wilhelmshaven mal anzurufen brauchen, ob er eigentlich über das Vorgehen des Verhandlungsteams informiert sei und er hätte dies bestätigt.

Man fühlt sich als Teilnehmer an solchen

stundenlangen Sitzungen ziemlich verschei..., wenn man dann liest, sie haben gar nicht stattgefunden. Wenn Ihr also mal wieder über die evtl. Desinformation der Ortsvereine schreiben wollt, ruft einfach mich oder einen der Vorsitzenden an.

Margit Stoermer, Boingstr. 5

Anmerkung der Redaktion:

Die Verfasserin des Leserbriefess ist eine der 'Neuen' im Rat der Stadt und ist Vorstandsmitglied im Ortsverein Altengroden.

Es freut uns, daß die Genossin Margit Stoermer uns künftig bei unseren Recherchen hilfreich zur Seite stehen will. Das hat uns bisher noch kein SPD-Ratsmitglied bzw. Ortsvereinsfunktionär öffentlich angeboten. Wir wissen das zu schätzen und werden davon natürlich - wenn nötig - Gebrauch machen.



Hebammenpraxis

NEUERÖFFNUNG

Zum Tag der offenen Tür am 15. Februar 1997 von 14.00 bis 18.00 Uhr laden wir recht herzlich ein



Anke Bertram Silke Gieseler

- Schwangerenvorsorge
·Geburtsvorbereitung
·Rückbildungsgymnastik
·Babymassage
·Wochenbettbetreuung

Hauptstraße Frieslandkliniken Eingang 2 26452 Sande

Telefon 04422 / 802960

Sprechstunden Dienstag 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr Donnerstag 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr



Jeden Dienstag Studentenbewegung mit Danertiefpreis!

Mein lieber Kuddl!

Weiss was? Wir sind nu "zahlungsunfähig", keine Kohle mehr, aus und vorbei. Also ich ja nich so direkt, weil hab' ich ja immer noch genug für Briefmarken und so, aber wir alle hier in Wilhelmshaven eben wohl, so als Bürger gesehen. Stand inner Wehzett, und die müssen's ja wissen. Und nu sind kreatiefe Lösungen gefordert, sagt uns Eberhard. Hat er sich auch'n gutes Publikum für ausgesucht, um denen das zu verklickern, nämlich die Arbeitsloseninitiatiefe. Denen hat er erstmal gesagt, dass ins "Gelingen verliebt sein" solln und nich immer bloß ins "Verhindern". Find ich gut, dass er das so gesagt hat, weil, wenn man schon so lange arbeitslos is, dann braucht man bestimmt so'n paar aufmunternde Worte, damit dass man sich nicht immer so hängen lässt und den wirtschaftlichen Aufschwung hier dauernd verhindert. Dann hat er auch noch gesagt, dass vonner Stadt auch Existenzgründungen fördern wollen, mit Risikokapital. Aber, mein Kuddl, was ich mich ja frag - wo soll'n das wegkommen, wenn wir doch so arm sind? Kann doch der August nich alles zusammenorgeln! Aber wahrscheinlich soll das heissen, dass immer das Risiko besteht, dass das Kapital ebend nicht kriegen, und dann passt das ja auch wieder.

Aber man kann ja nich sagen, dass sich keine Gedanken machen, die Politickers. Z.B. wollense nu alle Ämter der Wirtschaftsförderung unterordnen, damit der Laden wieder in Schwung kommt. Find ich gut, nur wie das genau gehn soll, habense nu wieder nich gesagt, aber ich kann mir ja so'n paar Sachen denken. Also z.B. das Amt für Schulen und so, die können doch dafür sorgen, daß an den Schulen alles mögliche hergestellt werden kann, meinetwegen Möbel im Werkunterricht, Flickentepiche und sowas in Handarbeiten, irgendwelche Medikamente in Schemie, oder Schnaps brennen könnense da ja auch, wie meine Oma früher, aus Kartoffeln oder so, und wennse erstmal in'n paar Jahren die ganzen Drogen freigeben, dann machense auch noch Elesdeh und Eckstesie und wat alles, und in Bio bauense den Hanf an. Und muss man auch keine Angst haben, dass die Kinder dann nix mehr lernen, nee, Kuddl, hab ich neulich noch gehört: Lörning bei Duhing, nich, praktisches Arbeiten, rechnen müssense beim Ausmessen und so, Deutsch müssense immer dabei miteinander sprechen und Englisch spätestens bei Schnaps und Drogen, und für's Leben hättense sowieso alles gelernt, wasse so brauchen, spätestens, wennse den ganzen Kram irgendwo verticken müssen.

Beim Bauordnungsamt könnte man z.B. ein Abrißunternehmen angliedern, kommt ja wohl der Stimmung da sowieso entgegen, und beim Sozialamt, da geht's ja erst richtig los, die können doch alle ihre Sozialhilfe-

empfänger in die ganze Gegend verleihen, zum Abwaschen, Kinderhüten, als Boddieghards oder was weiß ich alles, denn hab' ich gelesen: Im Dienstleistungsgewerbe liegt die Zukunft. Na ja, siehste, und wenn man sich das mal alles überlegt, dann sindse doch ganz schön klewer, unsere Politickers. Ausser dem einen, da bin ich mir grad nich so ganz sicher, der will mit seinen Grünen hier nu die schöne Bürgerfragestunde im Rat wieder abschaffen, wo ich immer so gern hingeh, und die Ratssitzungen sollen nun auch wieder nachmittags um drei sein und nich mehr um fünf, wenn sowieso nix inner Glotze is. Is' energiesparender hatter gesagt, der Bohl, Buhl, Beil oder so, und das glaub ich ja auch, dass die Ratsherren 'ne Menge Energie sparen, wennse sich nich dauernd mit den Fragen von ihren Bürgern herumschlagen müssen



und die Ratssitzungen dann machen, wenn die Leute arbeiten müssen, gibt's hier ja doch noch'n paar von. Nu hab'ich mich doch gefragt, warum kommen ausgerechnet die Grünen auf sone Idee, ausser dass dem Hofmann, dessen Idee das ja alles wohl irgendwie war, eins vor'n Koffer haun wollen? Aber stand schon in derselben Wehzett die Antwort: da is doch der Bohl, Buhl, Beil oder so in dem IGS-Tunnel vom Fahrrad gefallen, weil's da so glatt war, und dabei muß er sich wohl ausser den paar Prellungen wohl noch was weggeholt haben, wie damals Tant' Lieschen, weißt noch, die war auch ganz durcheinander, nachdem sie auffer Treppe ausgerutscht war, und hat auch ganz schön lange gedauert damals.

Auf eins sindse ja noch nich gekommen, unsere Politickers, und werd ich das auffe nächste Fragestunde mal anbringen: den Hol- und Bringedienst vonne Mülltonnen zur Straße und zurück, den habense ja nu ziemlich abgeschafft, bis auf'n paar Gebiete, weil, sagense, kost zuviel Personal und ist zu teuer. Is ja auch im Prinzip nix gegen einzuwenden, dass auch die vielen Alten, die hier

ja nun mal wohnen, wieder'n bisschen in Bewegung kommen, wennse die Dinger zur Straße asten müssen und fördert ja vielleicht auch die Nachbarschaftshilfe, wennse zu dritt an so'm Ding rumzerren. Aber andererseits, mein Kuddl: da schliessense nu das Heimatmuseum und plötzlich ist die ganze Museumsleitung ohne richtige Arbeit und verhindern wieder den Aufschwung. Und da wär's doch 'ne feine Idee, wenn die ab sofort bei den schönen großen Müllautos mitfahren und den Hol- und Bringedienst machen - Erfahrungen mit Schrotthabense ja nu jahrelang sammeln können, so verrottet wie das bei denen in ihrem Museumskeller war, wegen der Feuchtigkeit und so. Was meinst? Wobei die Müllmänner sowieso ja wahrscheinlich wieder mehr zu tun kriegen hier, weil unsere Müllkippe ja noch bis ins Jahr 2005 in Betrieb sein muss, aber alle nu schon wissen, dass auf jeden Fall nicht voll wird, aber bezahlt werden muss eben trotzdem. Da wär's doch logisch, wenn man die ganze blöde Sortiererei, mit Kompost hier, gelbem Sack da, wohlmöglich noch Altglas und das ganze Papier extra, Dosen vielleicht auch noch - is ja kein Wunder, wenn da nix mehr für die teure Müllkippe überbleibt - wenn man das einfach seinläßt, alles wieder wie früher in eine Tonne und ab damit zur Kippe. Gäb' bestimmt auch wieder'n paar Arbeitsplätze. Ich sag das mal nächstens im Rat, sieht dann ja auch jeder, wie ich ins Gelingen verliebt bin.

Beim Neujahrsempfang war ich ja auch, habense vorher so'n Wind von gemacht, dass er ausfallen soll, wegen Sparmaßnahmen, aber als dann der Orgelaugust gedroht hat, dass er die Party zusammenspielen will, war's ihnen wohl doch peinlich und das Geld plötzlich da. Dabei wär's doch anders viel einfacher, wie machen wir denn so unsere Parties? Ich mach den Kartoffelsalat, aber jeder bringt selbst was zu trinken mit, was er will, und das wird immer lustig, weil man so viele verschiedene Sachen probieren kann und das gibt immer Stimmung. Je mehr ich drüber nachdenk, je mehr glaub' ich, dass bei der Stadt alle ganz schön unpraktisch sind, die sollten unsereins mal ranlassen, ich hätt den Laden in Nullkommanix in Schwung!

Tscha, mein Kuddl, nu weiß ich so recht auch nix mehr und wird's auch Zeit für'n kleinen Spaziergang, guck ich mir mal das Haus da am Südstrand wieder an, dies 'Helgoland-Avanggahrd', ob da schon wieder ein Licht mehr brennt. Die, denen das da gehört, informieren einen ja immer so nett in Anzeigen inner Wehzett - "Wir haben 5 Wohnungen vermietet", find ich doll sowas, nur schade, dasses wohl immer noch nich mehr geworden sind.

**Bis bald, mein Kuddl und'n dicken
Knutsch**

Dein Theda